



# Plenarprotokoll

## 12. Sitzung

Freitag, 16. November 2012

### Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein .....

817

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/283 (neu)

Dr. Heiner Garg [FDP].....	817
Heiner Rickers [CDU].....	818
Sandra Redmann [SPD].....	819
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	820
Torge Schmidt [PIRATEN].....	822
Flemming Meyer [SSW].....	823
Andreas Breitner, Innenminister....	824

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....

824

### Gemeinsame Beratung

a) **Strukturelles Defizit bei der Ausstattung mit Lehrkräften.....** 824

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/308

b) **Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2011/12.....** 824

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/241

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	825	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/287	
Martin Habersaat [SPD].....	826, 835		
Heike Franzen [CDU].....	827, 837	<b>b) Saisonale Impfstoffe - Grippe- impfung</b> .....	850
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	828, 838	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, PIRATEN und der Abge- ordneten des SSW	
Anita Klahn [FDP].....	831, 839	Drucksache 18/295 (neu)	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	832		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	834		
Kai Vogel [SPD].....	836		
Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 18/308 mit Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt		Karsten Jasper [CDU].....	851
2. Überweisung des Be- richts Drucksache 18/241 an den Bildungsausschuss zur abschlie- ßenden Beratung.....	840	Bernd Heinemann [SPD].....	852
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	853
		Anita Klahn [FDP].....	854
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	855
		Flemming Meyer [SSW].....	856
		Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	857
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Verbesserte Erfassung des Un- terrichtsausfalls - mehr Trans- parenz und Effizienz</b> .....	840	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/287	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/278		2. Annahme des Antrags Drucksache 18/295 (neu).....	859
<b>b) Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall</b> .....	840	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwi- schen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schles- wig-Holstein auf dem Gebiet der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz</b> .....	859
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/305		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/269	
Kai Vogel [SPD].....	841	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/239	
Heike Franzen [CDU].....	842, 850	Christopher Vogt [FDP], Bericht- ersteller.....	859
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	843	Beschluss: Verabschiedung.....	859
Anita Klahn [FDP].....	844, 844	<b>Sicherstellung des Rechts auf Foto- kopien und Digitalisieren wissen- schaftlicher Werke</b> .....	859
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	845	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	846	Drucksache 18/309	
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	847		
Martin Habersaat [SPD].....	850		
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/278 und 18/305 an den Bildungsausschuss.....	850		
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Kosten der EHEC-Krise über- nehmen</b> .....	850		

Beschluss: Annahme in mündlich ge-  
änderter Fassung..... 859

**Stellungnahme in den Verfahren  
vor dem Landesverfassungsgericht  
betr. Wahlprüfungsbeschwerden  
zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 .** 859

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Innen- und Rechtssausschusses  
Drucksache 18/319  
Simone Lange [SPD], Berichter-  
statterin..... 859

**Sammeldrucksache über Vorlagen  
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts-  
ordnung des Schleswig-Holsteini-  
schen Landtags.....** 860

Drucksache 18/317  
Beschluss: Annahme..... 860

\* \* \* \*

#### **Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Mi-  
nisterpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung  
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:06 Uhr**

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu  
nehmen und eröffne unsere Sitzung.

Erkrankt sind die Abgeordneten Jens-Christian  
Magnussen, Jürgen Weber, Wolfgang Dudda und  
Angelika Beer; beurlaubt sind die Abgeordneten  
Dr. Stegner, Dr. Andreas Tietze und Minister  
Dr. Robert Habeck. - Wir wünschen den Erkrankten  
an dieser Stelle gute Besserung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir  
auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Jung-  
mannschule Eckernförde und Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter des Finanzministeriums. - Seien Sie uns  
herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag!

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 17 auf:

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Ver- fassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abge-  
ordneten des SSW  
**Drucksache 18/283 (neu)**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das  
sehe ich nicht. Ich eröffne die Grundsatzberatung  
und erteile für die FDP dem Herrn Abgeordneten  
Dr. Heiner Garg das Wort.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki  
[FDP]: Kanarienvogel! - Heiterkeit)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Guten Morgen! Ich freue mich, dass sich alle über  
das Thema freuen, das wir jetzt diskutieren.

Zunächst möchte ich der Kollegin Redmann von  
Herzen danken. Liebe Sandra, du hast gestern ge-  
sagt, ich solle nicht „Sandrale“ sagen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Damit, liebe Birgit, habe ich dieses Wort bereits  
ausgesprochen. Das heißt: Du bist uns jetzt einen  
schuldig.

(Heiterkeit)

(Dr. Heiner Garg)

Liebe Kollegin Redmann, seit wir im Jahr 2000 beide in den Landtag eingezogen sind, haben wir - das hat bisher jede Koalition überdauert - ein gemeinsames Thema: Wie gehen wir mit unseren **Mitgeschöpfen**, wie gehen wir mit den Tieren um? Wir waren uns von Anfang an einig, dass der **Tierschutz** als **Staatszielbestimmung** auch in die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen werden sollte. Dass wir nunmehr im Begriff sind, das zu verwirklichen, freut mich. Herzlichen Dank, dass wir beide gemeinsam über Fraktionsgrenzen hinweg in dieser Hartnäckigkeit hieran arbeiten konnten.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zehn Jahre nach der Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung in **Artikel 20 a** des **Grundgesetzes** debattieren wir heute in erster Lesung darüber, den Tierschutz in die **Landesverfassung** aufzunehmen. Ich denke, die Erfahrungen mit der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz haben gezeigt, dass die Skepsis und viele der zunächst bestehenden Befürchtungen - beispielsweise die, dass das Klagewellen auslösen würde - unbegründet waren. Es gab auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag - ich will das gar nicht verhehlen - immer wieder Anläufe, den Tierschutz als Staatszielbestimmung in die Verfassung aufzunehmen. Sie sind bislang stets gescheitert. Deswegen ist es umso erfreulicher, dass es dieses Mal zu gelingen scheint.

Der heutigen Pressemitteilung des Vereins „Menschen für Tierrechte“ ist zu entnehmen, dass die Zahl der **Versuchstiere** im vergangenen Jahr bundesweit abermals nicht gesunken, sondern auf 2,9 Millionen gestiegen ist. Das zeigt, dass noch eine ganze Menge für den Tierschutz getan werden muss.

Mir ist bewusst, dass die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in die Verfassung mit Sicherheit mehr als ein Symbol ist, dass damit aber noch nicht das Instrument geschaffen werden wird, mit dem allen Anliegen, die Tierschützer seit Langem haben, zur Durchsetzung verholfen werden kann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Tiere haben ein Bewusstsein; Tiere empfinden Freude, und sie sind in der Lage, Schmerzen zu empfinden. Viele Tiere sind hoch sozial. Das sieht man beispielsweise, wenn man einen Vogelschwarm oder den Umgang in Tierfamilien beobachtet. Tiere sind hoch intelligent. Das gilt für Papageien, und ich will auch an die Primaten erin-

nern, die im Übrigen nach wie vor zu Versuchen am offenen Hirn missbraucht werden. Deswegen war es mir immer ein besonderes Anliegen, dass sich der Tierschutz nicht nur auf sogenannte **Kuscheltiere** beschränken darf, sondern dass der Tierschutz beispielsweise auch die sogenannten **Nutztiere** im Auge haben muss.

(Beifall)

Ich will auch ganz deutlich sagen: Ich halte das Schicksal vieler sogenannter Streicheltiere, die in Kinderzimmern hausen müssen - das Meerschweinchen von Frau Redmann ist dabei ausgenommen -, auch nicht für besonders „kuschelig“.

Meine Damen und Herren, dass die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz durchaus etwas bewegt hat, sieht man beispielsweise am **Legehennen-Urteil**. Der unerträgliche Zustand der Batteriehaltung ist noch längst nicht zur Zufriedenheit aller aufgelöst, aber es ist ein erster Schritt getan worden. Dieser wäre meines Erachtens nicht möglich gewesen, wäre nicht der Tierschutz in Artikel 20 a GG aufgenommen worden.

Dasselbe gilt für die möglich gewordene Rechtsgüterabwägung zwischen den Rechten der Tiere auf der einen Seite und der Freiheit von Forschung und Lehre auf der anderen Seite oder auch der Religionsfreiheit auf der anderen Seite. Ich will an die auch hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag lebhaft geführte Debatte um das Schächten erinnern und daran, dass wir diese Problematik nach wie vor endgültig zu lösen haben. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich ganz besonders bei den Unionskollegen bedanken, die ganz offensichtlich auch die Hand reichen, sodass wir diese Verfassungsänderung gemeinsam im Dezember werden beschließen können. - Und nun bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ein Tagesordnungspunkt zum Tierschutz und zur Landesverfassung zu solch einer Stunde gesetzt wurde und dass ich dazu sprechen darf. Wir erleben oft, dass gerade im Bereich Umwelt die Behandlung von Tierhaltung und Tierschutz von einem Monat auf den nächsten be-



(Sandra Redmann)

endlich umsetzen können. Ich bin auch ganz sicher, dass wir in dem Bereich noch eine Menge mehr auf den Weg bringen werden.

(Zuruf)

- In dem Bereich. Sonst woanders vielleicht auch. Das möchte ich hier jetzt aber lieber nicht diskutieren.

(Heiterkeit)

Trotz des bisher Erreichten sind aber zwingend Anstrengungen erforderlich, um das **Schutzniveau** der Tiere weiter zu **verbessern**. Nach dem Grundsatz des Tierschutzgesetzes hat der Mensch das Leben und das Wohlbefinden des Tieres als Mitgeschöpf zu schützen. Dieser ethische Grundgedanke beinhaltet auch die Verpflichtung, den Tierschutz ständig fortzuentwickeln. Wir müssen das Tier als **Mitgeschöpf** respektieren. **Tiere** haben nicht nur eine Daseinsberechtigung, sondern sie gehören zum Kreislauf der Natur und müssen deshalb unseren hohen Schutz genießen. Der Mensch bedient sich ihrer in vielfältiger Weise als Nahrungslieferant - außer bei meinem Kollegen Dr. Kai Dolgner -, als Gefährte sowie für Forschung und Entwicklung. Deshalb trägt jede und jeder Verantwortung als Konsument tierischer Erzeugnisse, als Zoo- oder Zirkusbesucher, als Haus- oder Nutztierhalter, als Jäger und als Liebhaber exotischer Tiere. Wenn sich der eine oder andere nicht so sehr für den Tierschutz interessiert, so hoffe ich doch, dass er - auch angeregt durch diese Debatte - bei einem seiner nächsten Besuche im Zoo oder im Zirkus vielleicht einmal daran denken wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Tierschutz hat mittlerweile einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Vieles liegt in diesem Bereich aber noch im Argen. Auch wenn wir mit der Aufnahme in die Verfassung einen großen Schritt gehen werden, müssen weitere folgen. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der Lebendtiertransporte sowie der Haltungsbedingungen für Nutztiere und eben auch ein Gesetz zum **Tierschutzverbandsklagerecht**. Wie können wir ein Gleichgewicht zwischen Tierschützern und Tiernutzern erreichen? Für meine Fraktion ist dabei unstrittig, dass das bisherige Ungleichgewicht zwischen der Lobby der Tiernutzer und dem Tierschutz verbessert werden muss; denn Tiere können ihre Interessen nicht selbst artikulieren. Sie brauchen eine rechtliche Vertretung.

Die immer wieder vorgetragenen Argumente der Gegner greifen aus unserer Sicht nicht. Ein Verbandsklagerecht im Tierschutz blockiert weder den Forschungsstandort noch die Zukunftsfähigkeit der

Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Das zeigen die Erfahrungen im Naturschutz mit nur wenigen, zumeist aber erfolgreichen Klagen der Naturschützer und die hohen Anforderungen an die klageberechtigten Verbände. Darüber werden wir in der nächsten Sitzung noch ausführlich diskutieren.

Wie gesagt, heute ist ein guter Tag. Lars Harms und Heiner Garg sollten wir in die Runde einbeziehen. Lars und Detlef, wir alle haben seit 2000 gemeinsam und über alle Fraktionsgrenzen hinweg dieses Thema bearbeitet. Heute ist ein guter Tag für den Tierschutz. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Tierschutz soll in der Verfassung unseres Landes verankert werden. Wir Grüne begrüßen diesen Schritt. Der Bundesgesetzgeber hat dies mit einer entsprechenden Regelung bereits seit Langem eingeführt. Ich bedanke mich bei der FDP und namentlich bei dem Kollegen Dr. Garg sowie bei den übrigen Kollegen für diese Initiative, die wir sehr begrüßen und mittragen. Damit vollzieht das Land Schleswig-Holstein endlich nach, was auf Bundesebene gilt. Das ist längst überfällig.

Kritiker mögen einwenden, die Aufnahme des Tierschutzes als Verfassungsgut sei überflüssig und übertrieben, weil Tiere schon lange durch das **Tierschutzgesetz** geschützt seien. Dies werde schließlich durch Verordnungen und umfangreiches untergesetzliches Regelwerk gesichert. Es gebe auch zahlreiche einschlägige Gerichtsurteile. Tierschutzvergehen würden angezeigt und in unserem Rechtsstaat verfolgt, und es würde darüber geurteilt, wenn nötig auch durch mehrere Instanzen.

Eine **zusätzliche Verankerung** des Tierschutzes in der **Verfassung** sei daher nur populistisch und ein Schielen auf die vielen Menschen mit einem verzärtelten Tierschutzempfinden. Es sei ein Einknicken vor dem organisierten Tierschutz mit den vielen Menschen, die sich in den Tierschutzvereinen engagieren, die aber gleichwohl überzogene und insbe-

(Detlef Matthiessen)

sondere der wirtschaftlichen Nutzung der Tiere sowie der Jagd und Fischerei entgegenstehende Forderungen erheben. Man solle den Umgang mit den Tieren den Profis überlassen und nicht dem Verein PROVIEH, wie sich der ehemalige Verein gegen tierquälereische Massentierhaltung heute nennt, oder den vielen anderen Organisationen des Tierschutzes.

Diese Einstellung zu Tierschützern von denjenigen, die von sich selbst behaupten, nicht gegen Tierschutz, sondern eben nur rationaler und an professioneller Haltung orientiert zu sein, lässt sich im politischen Raum leicht verorten, nämlich bei der CDU. Die sich christlich bezeichnenden Parteien sind groß und bedeutend. Daher ist diese Null-Bock-Haltung in Bezug auf Tierschutz weit verbreitet. So häufig diese **Skepsis** gegenüber der **Weiterentwicklung des Tierschutzes** auch anzutreffen ist, so häufig ist sie auch irrig.

Der erste Irrtum ist rechtlicher Art. Ob Tierschutz einfachgesetzlich geregelt ist oder Verfassungsrang hat, ist von großer rechtspraktischer Bedeutung. Die Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung ist ein großer Schritt für das Tier. Sein Status wechselt nämlich von einer Sache in die Mitgeschöpflichkeit. Damit stehen ihm verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter wie das Recht auf Eigentum, die Freiheit der Berufsausübung, die Freiheit der Wissenschaft und das Recht auf Leben und Gesundheit offen. Bisher steht das Tier diesen Rechten auf einem niedrigen Rang gegenüber. Bei der **Rechtsgüterabwägung** vor Gericht, wenn es um Haltungsbedingungen oder Tierversuche sowie um die Zulassung von Medikamenten, die einen massenhaften Tierverbrauch hat, geht, sowie bei der Rechtsgüterabwägung ist es eben nicht egal, ob einem Rechtsgut, das die Verfassung schützt, ein Rechtsgut gegenübersteht, das die Verfassung nicht schützt.

Wenn wir also den Tierschutz in unsere Landesverfassung aufnehmen, dann wissen wir wohl, was wir tun. Wir wollen die **Rechtsstellung** der **Tiere** verbessern und dem in unserer Verfassung Ausdruck verleihen.

Warum ist die eben skizzierte politische Null-Bock-Haltung auf Tierschutz anfordern noch irrig? - **Tierschutz** ist **emotional**, Herr Rickers. Jeder hat noch die mahnenden Worte unserer Eltern im Gedächtnis: Quäle nicht ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz. Tierschutz ist ein Thema, das viele Herzen bewegt, und das ist gut so. Die Einstellung zum Tierschutz entwickelt sich weiter. Dem haben Parteien und Parlamente Rech-

nung zu tragen und diesem Empfinden in Gesetzen Ausdruck zu verleihen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Meine Damen und Herren, unser ehemaliger Kollege Jost de Jager hat festgestellt: Der sich wandelnde Wertekanon in der bürgerlichen Mitte unserer Gesellschaft zieht an der CDU vorbei. Das kann man nur unterstreichen. Tierschutzthemen werden von der CDU nie in den parlamentarischen Raum getragen. Die CDU geht in Volksvertretungen nur reaktiv mit dem Thema Tierschutz um, und es gibt im Schleswig-Holsteinischen Landtag, seitdem ich diesem angehöre, in fünf Legislaturperioden, in mehr als anderthalb Jahrzehnten parlamentarischen Lebens hier in Schleswig-Holstein, zum Thema Tierschutz keine eigenständigen gestaltenden Anträge der CDU. Herr Rickers, in Worten: null! Herr de Jagers Wortwahl zur Situation der CDU, der er vorsteht, war: „inhaltlich aufgezehrt“. Herr Rickers, Ihr Beitrag hatte hauptsächlich zum Inhalt: Wenn irgendwo in der EU Käfighaltung nicht verboten ist, dann darf sie in Deutschland auch nicht verboten werden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Diese Frischzellenkur à la de Jager sollte es geben. Darauf freuen wir uns sehr. Vielleicht ist die Mitunterzeichnung des heutigen Verfassungsantrags ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich bin gespannt auf die Verbandsklagediskussion. Ich bin gespannt auf die Diskussion über weitere Tierschutzthemen und darauf, wie die CDU in Zukunft hier mit diesem Thema umgehen will.

Heute ist der Tag der Einigkeit. Wir freuen uns sehr und begrüßen die CDU im Bunde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Kollegin Angelika Beer ist leider erkrankt. Sie hat mich gebeten, ihre Rede zu halten. - Liebe FDP-Fraktion, wir werden euren Antrag heute unterstützen, denn wenn es darum geht, die Tiere besser zu schützen, dann findet das unsere volle Zustimmung.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Da der Entwurf im Grunde eine Angleichung der Landesverfassung an Artikel 20 a GG ist, sehen wir auch formal keine Probleme. Mit etwas Glück wird es also heute gelingen, den Tieren in der Verfassung einen höheren Schutz zu geben. Ich glaube, das Glück haben wir bereits, denn alle Fraktionen sind sich hier einig.

Anschließend müssen wir sorgfältig die Frage beantworten, wie wir diesen Schutz realpolitisch umsetzen wollen. Das **Verbandsklagerecht** werden wir in dieser Woche aber noch nicht besprechen, auch wenn es gut gepasst hätte. Es beschreibt einen ganz konkreten Weg.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Angesichts des aktuellen Antrags rechne ich fest damit, dass die FDP in jedem Fall mitziehen wird. Wir sind sehr gespannt auf Ihre Rede, sie wird bestimmt spannend.

Der Landesregierung möchte ich an dieser Stelle ganz offen sagen, dass mich ihre Antwort auf unserer **Kleine Anfrage** zum Problem **herumstreunender Katzen** etwas enttäuscht hat. Ich hätte von einer Regierung mit grüner Beteiligung etwas mehr Enthusiasmus erwartet. Sie beschreiben das Problem völlig zutreffend, um sich dann auf den halbherzigen Vorschlag zurückzuziehen, die Bevölkerung mit einem Falblatt informieren zu wollen. Das ist nicht schlecht, es reicht aber hinten und vorn nicht.

(Beifall PIRATEN)

Der Hinweis, dass im letzten Jahr mehr als 5.200 Katzen abgeschossen worden sind, kann doch nicht die Antwort der Landesregierung auf ein ernstes Problem sein.

(Beifall PIRATEN)

Denken Sie insofern bitte über unseren Vorschlag nach, eine Kastrations- beziehungsweise Sterilisationspflicht einzuführen, die bereits in vielen Gemeinden Niedersachsens erfolgreich praktiziert

wird. So schützen Sie die Vogelwelt effektiver und verringern gleichzeitig das Leid der Katzen.

Ähnlich ernüchternd ist Ihre Antwort auf unsere Anfrage zum Naturpark Aukrug. Mit 1,7 % der Landesfläche haben Sie, Herr Habeck - der ist gerade leider nicht anwesend -, Ihr Anweisungsziel von 1,5 % Windeignungsflächen mehr als erfüllt. Warum also brauchen wir nun ausgerechnet dort einen Windpark, wo der Rote Milan vorkommt? Besonders für **Greifvögel** sind **Windräder** ein lebensbedrohliches Risiko. Der Rote Milan ist nicht irgendein Greifvogel. Laut Roter Liste der IUCN, also der Internationalen Union für Bewahrung der Natur und der natürlichen Ressourcen, wird er als near threatened eingestuft. Die Weltpopulation wird auf etwa 20.000 Tiere geschätzt. Hauptverbreitungsgebiet ist Deutschland. Damit kommt uns diesbezüglich eine ganz besondere Verantwortung zu. Da reicht es nicht, wenn Ihr Haus einfach schreibt, dass die gesetzlichen Regelungen zum Artenschutz gemäß des Bundesnaturschutzgesetzes maßgeblich seien und dabei auch die Kollisionsgefährdung von Greifvögeln zu beachten sei.

(Beifall PIRATEN)

Vielmehr müssten Sie auch einmal bereit sein, den Einzelfall aktiv zu prüfen, um sich im Notfall persönlich dazwischen zu werfen.

Wir haben auf die Studie hingewiesen, die das Michael-Otto-Institut für die Bundesregierung ausgearbeitet hat. So etwas sollte für einen grünen Minister doch eigentlich so etwas wie eine Steilvorlage sein. Ich bitte Sie: Machen Sie etwas daraus!

Ich habe noch einen Kandidaten auf meiner Liste, um den ich mir ernsthaft Sorgen mache; das ist der Kleine Tümmler. Aus der Ostsee ist er fast ganz verschwunden, und auch in der Nordsee geht es ihm nicht gut. Zum einen ertrinken viele Tiere in Stellnetzen, zum anderen macht der Bau der Offshore-Windanlagen-Fundamente den Tieren gehörig zu schaffen. Ihr sensibles Gehör wird geschädigt, zudem verlieren die Kälber den Kontakt zu den Müttern, die ihr Kalb nach dem Tauchgang gar nicht mehr wiederfinden.

Die Vertreibung durch die Lärmbojen ist hier völlig kontraproduktiv. Wir brauchen einen vernünftigen Schallschutz um die Baustellen herum. Mit Sicherheit lassen sich Systeme wie Blasenschleier, Schallminderungsrohre oder Hydro- beziehungsweise Schlauchschalldämpfer auch miteinander kombinieren, um so eine geringere Schallbelastung zu erreichen. Wichtig ist nur, dass Sie hier schnell zu einer

(Torge Schmidt)

Lösung kommen, um den Kleinen Tümmler wirklich zu schützen.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen zusehen, dass wir die international vereinbarten Maßnahmen zum Schutz von **Kleinwalen** in Nord- und Ostsee konsequent umsetzen. Aus welchem Grunde treffen wir solche Vereinbarungen denn sonst?

(Beifall PIRATEN)

Wenn wir insoweit nicht entscheidend glaubwürdiger werden, dann nimmt uns am Ende auch niemand mehr die geänderte Vorschrift ab. Die Verfassung, das sollte uns allen klar sein, ist kein Papiertiger, sondern sie ist verfassungsrechtlich das höchste Gut.

In diesem Sinne werden wir den Antrag der FDP heute unterstützen. Ich hoffe, Sie machen dabei alle mit. So wie ich das gehört habe, ist das wohl auch der Fall.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat nun Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit nunmehr zehn Jahren ist der **Tierschutz** als Staatszielbestimmung im Grundgesetz verankert, und - der Herr Kollege Heiner Garg erwähnte es schon - die Welt ist dadurch nicht untergegangen. In Schleswig-Holstein gab es in den letzten Jahren mehrere Anläufe, den Tierschutz als **Staatsziel** in die **Verfassung** aufzunehmen. Diese Initiativen wurden vom SSW stets unterstützt. Auch ich möchte mich bei Heiner Garg bedanken, dass er den Gesetzentwurf hier eingebracht hat.

(Beifall SSW)

Es ist zu begrüßen, dass sich nun eine Mehrheit im Landtag für eine solche Staatszielbestimmung abzeichnet. Dieser Schritt hat lange genug gedauert.

Der SSW hat sich dafür eingesetzt, weil der Tierschutz mittlerweile zu einem wichtigen Bestandteil der Gesellschaft geworden ist. Die Einstellung zum Tier und der Umgang mit Tieren haben sich verändert. Vielen Menschen ist es heute nicht mehr egal, wie mit unseren Tieren umgegangen wird. Es ist den Menschen nicht mehr egal, wie Tiere gehalten, transportiert oder gekennzeichnet werden. Hier hat

sich der Blick auf die Tiere in den letzten Jahren gravierend geändert. Diesem ethischen Wandel wollen wir mit der vorliegenden Initiative gerecht werden.

Nun wissen wir, dass es bereits verschiedene Gesetze zum Schutz der Tiere gibt. Und das ist auch gut so. Aber wir wissen auch, dass diese Gesetze nicht immer - wie gewünscht - greifen. Tierschutzgesetze werden nachrangig angesehen, wenn ihnen Grundrechte entgegenstehen, beispielsweise wenn es um die Freiheit der Wissenschaft, der Kunst oder der Religion geht. Hier hat der Tierschutz rechtlich immer den Kürzeren gezogen.

Mit der Verfassungsänderung bekommt der Tierschutz in Schleswig-Holstein ein neues Gewicht. Wir werden damit zwar nicht verhindern, dass in Zukunft Tiere gequält oder misshandelt werden. Aber mit dem Status eines Staatsziels ist der Tierschutz auf dem gleichen rechtlichen Level wie andere Grundrechte. Dadurch wird der Tierschutz bei uns im Land gestärkt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weit ist alles schön und gut. Doch wir wissen, dass sich Tiere vor Gericht nicht selbst verteidigen können. Damit die Sache rund wird, kommen wir über kurz oder lang nicht um ein **Verbandsklagerecht** umhin. Dies zeigen auch bisherige Erfahrungen. Erst mit dem Klagerecht können die Tierschutzorganisationen als Anwälte der Tiere auftreten. Analog haben wir ja bereits Klagerechte für Umweltschutzverbände. Die Erfahrungen zeigen ganz klar, dass Naturschutzverbände mit diesem Recht durchaus verantwortungsvoll umgehen. Es ist also nicht davon auszugehen, dass **Tierschutzverbände** die Gerichte mit einer Flut von Klagen überhäufen. Daher wird diese Koalition auch ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände im Landesrecht verankern, wie es ja auch im Koalitionsvertrag vereinbart ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Staatszielbestimmung muss mit Leben erfüllt werden. Das kann dann auch zu Konsequenzen im Lande führen. Hierbei könnte beispielsweise auch die Diskussion um den Schenkelbrand neu entfacht werden. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Tierschutz als Staatsziel darf kein zahnloser Tiger werden. Um es deutlich zu sagen: Eine Staats-

(Flemming Meyer)

zielbestimmung ist keine nutzlose Verfassungsyrik. Wir wollen dem Tierschutz nach heutigen ethischen Maßstäben gerecht werden. Insofern denke ich, dass heute für den Tierschutz ein sehr guter Tag ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Dann spricht jetzt für die Landesregierung der Herr Innenminister Andreas Breitner in Vertretung für den Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundestag hat am 17. Mai 2002 mit überwältigender Mehrheit der **Aufnahme des Tierschutzes** in das Grundgesetz zugestimmt. Das Parlament einigte sich auf einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf, der den Schutz der Tiere in Artikel 20 a des Grundgesetzes verankert, indem der Gesetzestext um die drei entscheidenden Worte ergänzt wurde:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...“

Den Tieren, unseren Mitgeschöpfen, wurde damit das erforderliche Gewicht in unserer Gesellschaft eingeräumt. Zehn Jahre später - ich finde, zehn Jahre zu spät - soll nun in dieser Legislaturperiode die vorgesehene Ergänzung vorgenommen werden, indem auch in die **Landesverfassung** Schleswig-Holstein die Worte „sowie die Tiere“ eingefügt werden.

Ich stimme dem Entwurf der FDP-Fraktion ausdrücklich zu und begrüße es, dass dieser Gesetzentwurf von den Regierungsfractionen mitgetragen wird. Alle Staatsorgane, insbesondere der Gesetzgeber, haben ihre Verpflichtung zu einem effektiven Schutz der Tiere mit Blick auf diese Anpassung auszurichten. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf drei elementare Anliegen: nicht artgemäße Haltung, vermeidbare Leiden sowie Zerstörung ihrer Lebensräume. Damit einher geht die staatliche Pflicht zu einer effektiven Kontrolle.

Mit diesem Gesetzentwurf gehen wir den nächsten Schritt hin zu einem starken Schutz der Tiere in Schleswig-Holstein. Allerdings - der Herr Abgeordnete Meyer hat darauf hingewiesen - entfaltet diese

Änderung der Verfassung noch nicht die erforderliche Verbesserung im Sinne eines umfassenden Tierschutzes. Der **Tierschutz** ist mit dieser Änderung zwar ein **Staatsziel**, aber dadurch immer noch nicht besser durchsetzbar. Nach dieser Änderung der Landesverfassung muss daher der nächste konsequente Schritt kommen, nämlich die Einführung der **Verbandsklage** im Tierschutz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich würde mich sehr freuen, wenn die breite Mehrheit auch dann steht. Wie hätte Robert Habeck jetzt so schön gesagt? Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/283 (neu), dem Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das in diese beiden Ausschüsse einstimmig überwiesen worden.

Wir kommen nun zur gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 38 und 55:

### Gemeinsame Beratung

#### a) Strukturelles Defizit bei der Ausstattung mit Lehrkräften

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/308](#)

#### b) Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2011/12

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/241](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag zu Tagesordnungspunkt 38 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zu-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

nächst darüber abstimmen, ob ein Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen, und ich erteile für die Landesregierung das Wort der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professorin Dr. Waltraud Wende.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Unterrichtsversorgung an Schleswig-Holsteins Schulen wird von Jahr zu Jahr besser. Auf der Basis dieses Euphemismus könnte ich meine folgende Rede aufbauen. Ich verzichte aber darauf. Ich will Sie nicht mit allen Dingen langweilen, die bereits in der Vergangenheit so stattgefunden haben. Wir rechnen uns die Welt nicht schön. Jeder, der Schule kennt, weiß, dass zwischen Statistik und dem, was wir im Schulalltag täglich erleben, eine unübersehbare Differenz besteht.

Ich habe mein Amt mit dem Versprechen angetreten, zu Beginn meiner Amtszeit eine ehrliche Eröffnungsbilanz über den Status quo an unseren Schulen vorzulegen, und ich komme diesem Versprechen heute nach.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zur Ehrlichkeit gehört es, die Mängel und Defizite nicht zu verschweigen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, klar zu benennen, welche Wege wir einschlagen, um die Situation an unseren Schulen nachhaltig zu verbessern. Und zur Ehrlichkeit gehört last but not least, dass die Grenzen der Handlungsspielräume aufgezeigt werden, Grenzen, die uns die Schuldenbremse setzt.

Um die Qualität der **Unterrichtssituation** zu quantifizieren, kann man Lehrer-Schüler-Relationen diskutieren und durchschnittliche Klassengrößen ermitteln. Die Ergebnisse kann man mit der Situation vor einigen Jahren oder mit der Situation in anderen Bundesländern vergleichen und sie dann wahlweise hervorragend oder katastrophal finden.

Der Antrag von SPD, Grünen und SSW richtet das Augenmerk auf die Unterrichtsversorgung, das heißt: Wird der in den Stundentafeln als notwendig erachtete Unterricht in unseren Schulen erbracht, ist ausreichend Lehrpersonal vorhanden, um die vorgegebenen Stunden zu 100 % zu erfüllen? Damit geht es also um die Relation zwischen dem, was wir von den **Schulen** erwarten, und dem, was den

Schulen in Form von **Planstellen** zur Verfügung gestellt wird.

Hier, meine Damen und Herren, komme ich zu folgendem eher schlechten Ergebnis. Wenn die Schulen die von ihnen erwartete Leistung erbringen sollen, dann benötigen sie rund 1.250 Planstellen mehr, als wir ihnen aktuell zur Verfügung stellen. Hinzu kommen 350 Erzieherstellen im sonderpädagogischen Bereich. Dass es in kaum einem Bundesland gelingt, die in den Lehrplänen vorgegebenen Stundentafeln zu 100 % zu erfüllen, kann da nur wenig beruhigen.

Was unternehmen wir, um die Situation zu verbessern? Wir rechnen in den kommenden fünf Jahren mit einem Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler um rund 34.000. Das ist ein Rückgang um 9 %. Die Vorgängerregierung wollte parallel zum Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler auch die der Lehrkräfte entsprechend reduzieren. Das heißt, sie hätte bei einem Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler um 9 % auch die Zahl der Planstellen um 9 % reduziert. Sie hätte damit von den in den nächsten fünf Jahren durch Pensionierung frei werdenden Planstellen 2.125 Stellen abgebaut.

Auch wir können mit dem Ziel der **Haushaltssolidierung** nicht jede Planstelle, die in den nächsten fünf Jahren frei werden wird, wieder besetzen. Aber wir werden eben nicht 2.125 Stellen abbauen, wir werden einen großen Teil der Stellen erhalten. Konkret heißt das - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie viele denn?)

- Konkret heißt das: Wir werden in den kommenden fünf Jahren 752 Stellen weniger abbauen als von der Vorgängerregierung geplant.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden bereits im kommenden Haushaltsjahr, wie Ihnen allen bekannt, 300 Planstellen, die von der Vorgängerregierung gestrichen wurden, an die Schulen zurückgeben. Wir werden den Schulen darüber hinaus zusätzliche Geldmittel zur Verfügung stellen, Geldmittel zur Verbesserung der Schulsituation, und zwar im Gegenwert von 264 Stellen. Das ist ein Geldbetrag in Höhe von 13,2 Millionen €.

Außerdem werden wir den vom Land den Kommunen für **schulische Sozialarbeit** zur Verfügung gestellten Betrag ab dem kommenden Jahr von 1,7 Millionen € auf 4,6 Millionen € erhöhen. Wenn wir Planstellen und zur Verfügung gestellte Geld-

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

leistungen addieren, folgt daraus, dass wir die möglichen Einsparungen aus dem neunprozentigen Rückgang der Zahl der Schüler und Schülerinnen zu etwas mehr als der Hälfte im System belassen, um die Qualität unserer Schulen zu optimieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mehr wäre sicherlich wünschenswert. Aber das, was wir tun, ist angesichts der Schuldenbremse bereits ein enormer Kraftakt, der nur möglich wird, weil sich alle Ministerien in großer Solidarität dazu bekennen, dass Bildungsinvestitionen Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, die Frau Ministerin hat ihre Redezeit um 1 Minute 42 Sekunden überzogen. Das steht allen Fraktionen jetzt zu ihrer Redezeit zusätzlich zur Verfügung.

Als Erstes spricht der Abgeordnete der SPD-Fraktion, Herr Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ehrlich währt am längsten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Jetzt ist es raus: Es gibt eine Lücke zwischen der Zahl der Lehrkräfte, die wir als Haushaltsgeber zur Verfügung stellen, und den Aufgaben, die zu erfüllen sind. Trotzdem erwarten wir viel von unseren Schulen. Frau Ministerin, es ist mutig, das heute in dieser Deutlichkeit auszusprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und es ist richtig, weil diese Aufrichtigkeit an den Schulen im Land honoriert werden wird. Ich danke Ihnen dafür.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es jubeln alle!)

Der bisherige Jahresbericht zur Unterrichtsversorgung betrifft ein Schuljahr, für das die politische Gesamtverantwortung bei der CDU/FDP-Regierung lag. Es weist eine immerhin stabile **Unterrichtsversorgung** aus. Das können wir Ihnen ehrlich zugestehen.

Der **Unterrichtsausfall** ist über alle Schularten gerechnet leicht rückläufig. Aber ist er auch ehrlich erhoben? Über die methodischen Probleme werden wir nachher noch reden; das wird mein Kollege Kai Vogel übernehmen. Die GEW hatte sich dankenswerterweise schon vor knapp zwei Jahren die Mühe gemacht nachzurechnen und kam auf die Zahl von 24.305 Lehrkräften, die für die erforderlichen Aufgaben benötigt würden, gut 20.100 für den lehrplanmäßigen Unterricht und gut 4.200 für sonstige Pflichtaufgaben, im Haushalt fanden sich aber nur 22.817 Stellen, mithin eine Lücke von 1.488.

Herr Dr. Klug hat diese Zahlen als damaliger Minister nicht bestätigt, aber in einer eigenen Aufrechnung - wir erinnern uns: kurz vor Ende der Regierung Carstensen wollte man dann doch einmal wissen, wie die Lage an den Schulen ist - eine Versorgungslücke von 628 Stellen eingeräumt, die erforderlich seien, um verschiedene Schwerpunktaufgaben zu erfüllen.

(Christopher Vogt [FDP]: Geschichtsklitterung!)

Leider folgte daraus nichts. Das heißt, ehrlicherweise folgte daraus doch etwas: ein Parteitagbeschluss der FDP, der immerhin 300 **Lehrerstellen** mehr forderte.

Die Landesregierung hat sich nun vernünftigerweise mit der GEW zusammengesetzt - das Wort fällt wieder: Dialog - und die wechselseitigen Berechnungsverfahren überprüft. Dabei kam heraus - wir haben es gerade gehört -: Es gibt eine Lücke. Wir sind damit meines Wissens die erste Regierungskoalition, die bei der Darstellung der Unterrichtsversorgung auf rosa Tünche verzichtet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bleiben wir bei Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit: Was ist von einem Angebot über Gespräche zu einem Schulfrieden zu halten, zu dem die „Kieler Nachrichten“ in ihrem Kommentar schreiben:

„Aber, ach: Wenn das, was CDU-Chef Jost de Jager vorlegt, ein Friedensangebot sein soll, fragt man sich, wie bei ihm eine Kriegserklärung aussieht.“

Lassen Sie mich die Aufrichtigkeit des CDU-Vorsitzenden an einem Beispiel auf die Probe stellen. Ich zitiere ihn direkt aus seinem Namensartikel:

„Die jüngste Studie zu den Kompetenzen von Kindern nach vier Jahren Grundschule zeigt deutlich, dass es offenbar Anlass gibt, umfas-

(Martin Habersaat)

send über die Qualität unserer Bildungsangebote nachzudenken. Denn die schleswig-holsteinischen Grundschulkinder liegen im Ländervergleich beim Lesen und Rechnen nur im unteren Mittelfeld. Das zeigt: Das von der Landesregierung präferierte gemeinsame Lernen schafft allein für sich genommen noch keine höhere Bildungsqualität. In der Grundschule wird ja gemeinsam gelernt.“

Meine Damen und Herren, merken Sie es selbst? An allen Grundschulen in Deutschland wird gemeinsam gelernt, an den erstplatzierten genauso wie an den letztplatzierten. Über den Vergleich von gemeinsamem Lernen mit etwas anderem kann so eine Studie gar nichts aussagen, und sie darf auch nicht für eine solche Aussage missbraucht werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Frage ist: Müssen wir in diesem Fall von fehlender Aufrichtigkeit aufseiten der CDU ausgehen, oder sollen wir aus moralischen Gründen hoffen, dass es der CDU-Vorsitzende einfach nicht besser wusste? Die Bildungskonferenzen laufen, die CDU ist eingeladen mitzumachen. Vielleicht führt das ja auch zu hilfreichen Erkenntnissen bei ihrer Suche nach sich selbst.

Auf die Suche machen müssen wir uns alle nach Möglichkeiten, die heute offengelegte Lücke zu schließen. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, eben einmal schnell 1.263 zusätzliche Planstellen und 350 Erzieherstellen zu schaffen. Was wir leisten, ist, noch im laufenden Schuljahr 300 Lehrerstellen in den Schulen zu erhalten und im Laufe dieser Legislaturperiode etwa 750 Lehrerstellen an den Schulen zu lassen, die nach den Plänen der früheren Landesregierung als demografische Rendite gestrichen worden wären. Darüber hinaus werden wir 264 Stellen nicht in Form von Planstellen, sondern als finanzielle Mittel an den Schulen belassen.

Meine Damen und Herren, im nächsten Jahr wird die SPD 150 Jahre alt. Ferdinand Lassalle hat 1863 gesagt:

„Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“

Das ist heute geschehen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort. - Sie können das Minusblinken bis 1 Minute 45 Sekunden ignorieren.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, herzlichen Dank für die Zahlen, die Sie uns geliefert haben. Allerdings bin ich ein bisschen überrascht. Sie haben am 8. Oktober 2012 den Bericht zur Unterrichtssituation 2011/12 vorgelegt, und dem Bericht ist zu entnehmen - ich darf an der Stelle zitieren -:

„Die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein konnte in diesem Schuljahr an den allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren auf dem Niveau des Vorjahres gehalten und an den berufsbildenden Schulen erneut erhöht werden.“

Das ist ein Beleg dafür, dass die Rückführung von 300 Planstellen nicht zu dem von Ihnen damals prophezeiten Chaos an den Schulen geführt hat, sondern die **Unterrichtsversorgung** gleichgeblieben ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Gleich schlecht!)

- Wir können darüber streiten, ob das gleich schlecht oder gleich gut ist. Das hat aber nicht dazu geführt, was Sie prophezeit haben, nämlich dass es zu einem großen Chaos in der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen kommt.

Frau Ministerin, was in diesem Bericht nicht zu finden ist, ist eine Aussage zu einem strukturellen Defizit. Zum Antrag der Koalitionsfraktionen muss ich deutlich sagen: Die Ministerin hat hier mitnichten eine Eröffnungsbilanz von sich aus gemacht, sondern sie musste von Ihnen erst dazu aufgefordert werden. Der Antrag kommt von Ihnen, es ist keine Vorlage der Landesregierung.

(Zurufe SPD)

- Wir werden das bei den nächsten Diskussionen sehen. Auch beim nächsten Tagesordnungspunkt müssen Sie die Ministerin auffordern, über ODIS zu reden. Die Ministerin hat im Schulbereich in den letzten fünf Monaten noch nichts vorgelegt.

(Beifall CDU und FDP)

Darüber hinaus habe ich am 7. November 2012 eine Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Situation der **Lehrerstellen** an den **Gymnasien** bekommen. Aussage dieser Antwort ist: In den nächsten fünf Jahren

**(Heike Franzen)**

ist eine Unterversorgung der Gymnasien bis auf einige abgelegene Regionen nicht zu erwarten. Bedarf besteht lediglich in einzelnen Fächern.

Frau Ministerin, der 7. November ist ja noch nicht so furchtbar lange her. Da hätte man doch erwarten können, dass Sie zu den Zahlen der Gymnasien eine entsprechende Aussage machen, zu einer strukturellen Unterversorgung an den Gymnasien.

Ich möchte gern darauf eingehen, was die Regierungsfraktionen in diesem Hause in den letzten Tagen gesagt haben. Sie haben einen Entwurf zum Bildungshaushalt eingebracht. Darin weisen Sie aus, dass Sie 300 Planstellen weniger streichen. Diese 300 Planstellen sind allerdings mitnichten dazu da, die strukturelle Unterrichtsversorgung zu sichern, sondern sie gehen in die Sicherung von Differenzierungsstunden, die ja nichts mit der allgemeinen Unterrichtsversorgung, sondern damit etwas zu tun haben, dass es Mittel on top gibt, um Differenzierung zu leisten. Die anderen 120 Planstellen gehen in die Inklusion. Auch das hat nichts mit der allgemeinen Unterrichtsversorgung zu tun, sondern geht auch on top. Das ist durchaus wünschenswert, das will ich gar nicht abstreiten.

Ich möchte von Ihnen allerdings eine Antwort auf die Frage haben, welche Berechnung Sie bei der Verteilung der 300 Planstellen angestellt haben. Da gehen 199 Planstellen in die Gemeinschaftsschulen - 137 haben wir im Land -, sechs gehen in die Regionalschulen. Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen leisten in unserem Land den gleichen Anteil an inklusiver Arbeit.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Märchen!)

- Das ist überhaupt kein Märchen, natürlich ist das so. Gehen Sie doch einmal in die Regionalschulen! Die haben genauso die I-Kinder in den Klassen wie die Gemeinschaftsschulen. Ich rede gar nicht von den Gymnasien.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An die 327 Grundschulen, die wir im Land haben, gehen 30 Planstellen. Gerade diese Schulen leisten einen hohen Integrationsanteil. Für die Gymnasien sind es 15 Planstellen. Und unsere 101 Förderzentren im Land, die die inklusive Arbeit leisten, kriegen keine einzige Stelle.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das heißt, es gehen keine Sonderpädagogen an die Schulen, Herr Habersaat.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Dann müssen Sie sie bitte auch bei den Förderzentren andocken, weil die Förderzentren die Schulen im Land mit sonderpädagogischen Kräften versorgen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, was wollen die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag eigentlich bezwecken? Wollen sie aufzeigen, dass ihre Ministerin nicht in der Lage war, im Bericht zur Unterrichtssituation, in Kleinen Anfragen ein strukturelles Defizit aufzuzeigen? Wollen Sie damit sagen, dass sie an der Stelle eine gewisse Unfähigkeit für ihr Amt mitbringt? Oder wollen Sie daraus tatsächlich Honig saugen und entsprechende Anträge zum Haushalt stellen?

Dann hat das, was Sie in den letzten Tagen in diesem Hause gesagt haben, überhaupt keine Wirkung mehr, denn Sie gehen jetzt sehenden Auges in eine Situation hinein, in der trotz alledem nach Ihren eigenen Berechnungen immer noch 500 Planstellen an den Schulen fehlen.

Frau Ministerin, Sie sind gerade draußen gewesen und haben den Grundschulen aus Dithmarschen versprochen, dass sie bestehen bleiben, haben ihnen allerdings auch gleich gesagt, dass Sie nicht bereit seien, dort zusätzliche Planstellen einzurichten. Sie wissen ganz genau: Wenn Sie das nicht tun, haben diese Schulen keine Chance, vor Ort zu bestehen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist sehenden Auges ein Betrug der Eltern von Schülern an diesen Schulen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort. - Bis 1 Minute 45 Sekunden können Sie das Blinken ignorieren.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

- Okay, wunderbar.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, erst einmal herzlichen Dank für diese mutige Bilanz. Ich sage nicht deshalb herzlichen Dank, weil mir das Ergebnis gefällt - 1.250 Lehrer-

(Anke Erdmann)

stellen, die fehlen, und 350 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher, die fehlen -, aber ich bin froh, dass Sie diese Lücke ansprechen, denn nur, wer Lücken anerkennt, kann auch daran arbeiten, sie zu schließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Frau Franzen, das, was Sie hier gerade geliefert haben, ist schon der Hammer. Warum ist dieser Bericht, auf den wir uns beziehen, so, wie er ist? - Er ist deshalb so, weil er sich auf das letzte Schuljahr bezieht und weil Sie in Ihrer siebenjährigen Regierung nicht einen Antrag zur Änderung der **Erfassung** von **Unterrichtsausfall** gestellt haben. Sie hätten es in der Hand gehabt, die ODIS-Erfassung für dieses Jahr zu verändern. Sie haben es nicht gemacht. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Sie sagen, die Ministerin müsste hier zum Jagen getragen werden. Das ist natürlich völliger Kokolores. Zu der Frage, ob **ODIS** angepasst wird oder nicht, müssen wir nicht unbedingt Anträge stellen, denn wer den Bericht ganz genau gelesen hat - und Sie sind in Ihrem Lesen sehr gründlich -, der findet auf Seite 3 den kleinen, dezenten, aber aussagekräftigen Satz:

„Nach Infragestellung der Aussagekraft der ODIS-Ergebnisse prüft das Bildungsministerium, inwiefern methodische Veränderungen notwendig und möglich sind.“

Das ist unser Anknüpfungspunkt, dass wir an der Stelle sagen: Da steigen wir ein und geben ein paar Punkte mit auf den Weg, wie wir uns das anders vorstellen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen?

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, gern, wenn es hilft.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Heike Franzen [CDU]:** Frau Erdmann, Sie haben recht, dass sich der Bericht auf das letzte Schuljahr 2011/2012 bezieht. Das ist das Schuljahr, in dem CDU und FDP Regie-

ungsverantwortung getragen haben. Nichtsdestotrotz frage ich Sie: Wer hat diesen Bericht erarbeiten lassen? Und wer hat diesen Bericht hier heute vorgelegt und vorgestellt und hat kein strukturelles Defizit ausgewiesen?

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Franzen, das ist relativ einfach: Wir haben eine alte, detaillierte Erhebung für das vergangene Schuljahr. Ich habe letztes Jahr im Bildungsausschuss versucht, mit Ihnen und der FDP ins Gespräch zu kommen, damit wir gemeinsam überlegen, inwieweit man eigentlich das, was in diesem Bericht seit Jahren wieder vorgelegt wird und was eine große Lücke hat zu dem, was tatsächlich in den Schulen passiert - das hat auch Herr Dr. Klug als Oppositionspolitiker hier in diesem Hause deutlich vertreten -, weiterentwickeln kann. Ich habe versucht, das Gespräch mit Ihnen und damals Frau Conrad zu führen. Sie haben sich diesem Dialog verweigert, so wie Sie das Wort Dialog offensichtlich als Schimpfwort für uns verwenden.

(Christopher Vogt [FDP]: Da haben wir andere Schimpfwörter!)

Sie haben sich diesem Dialog verweigert. Das heißt logischerweise: Wenn eine Ministerin im Juni ein Amt übernimmt, dann kann sie das gar nicht für das dann vergangene Schuljahr verändern. Es war ein weiterer Punkt, dass die Ministerin gebeten werden sollte, erst einmal das strukturelle Defizit vorzulegen. Aber die Ministerin kann nicht selbst sagen, dass sie einen neuen Antrag vorlegt. Deswegen haben wir gesagt: Okay, die Ergebnisse, die auch mit der GEW abgeglichen worden sind, weil es dort eine Berechnung gab, lassen wir hier im Landtag vortragen. Das ist überhaupt kein Punkt, bei dem Sie einen Keil zwischen uns treiben können. Ich finde, es ist relativ kleinlich, was Sie an dieser Stelle gemacht haben. Sie wollen eigentlich nur von dem ablenken, was bisher in der letzten Regierung, aber auch in allen anderen Regierungen möglicherweise nicht offen zutage gefördert worden ist.

Dann muss ich noch zwei Punkte richtigstellen. Die **300 Stellen** sind **neue Stellen**. Das kann man logischerweise auch dem Haushalt entnehmen. Und es sind - das ist der Unterschied - im Bereich der Inklusion keine zusätzlichen Aufgaben, die auf die Schulen zukommen, sondern es wird anerkannt, dass die Schulen teilweise jetzt schon Leistungen erbringen, die wir ihnen nicht in entsprechendem Maße vergütet haben.

(Anke Erdmann)

Ich komme jetzt noch einmal zu dem Bericht der Ministerin. Dass, was wir zu der Frage Unterrichtsversorgung im Parlament immer wieder parteiübergreifend festgestellt haben, ist die Frage, worüber wir in diesem Parlament überhaupt reden. Die Gefahr - darauf habe ich in einer Sitzung vor einem Jahr hingewiesen - ist doch, dass die Schulen denken, dass wir an ihnen total vorbeireden, weil das, was in den Berichten steht, nichts mit dem zu tun hat, was tatsächlich in den Schulen los ist. Das ist doch das Problem, und das ist eben auch eine Lücke, über die wir reden müssen. Frau Franzen, deswegen stellen wir auch die Anträge zum nächsten Tagesordnungspunkt, damit der Bericht nächstes Jahr anders aussieht. Wir tun jedenfalls etwas. Sie haben sieben Jahre lang an der Stelle gar nichts gemacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte es an einem Punkt deutlicher machen, wie die alte Regierung damit umgegangen ist. Die GEW hat im März 2011 - Herr Habersaat hat es getan - festgestellt, dass eigentlich 1.488 Stellen als strukturelles Defizit fehlen. Herr Dr. Klug hat mir damals geschrieben - ich hatte ihn damals gebeten, dazu Stellung zu nehmen, und er hat mir das trennscharf zurückgemeldet -, nein, im Schuljahr 2010/2011 betrage die Lücke maximal 197 Stellen, und das sei schon positiv gerechnet. Die Stellen, die Herr Habersaat hier erwähnt hat, waren für zusätzliche Aufgaben und nicht für den normalen Betrieb vorgesehen. Soweit die Auffassung der letzten Landesregierung.

Da hätten Sie sich ein bisschen stärker engagieren können. Deswegen bin ich so stolz darauf, dass Frau Wende heute diesen Bericht so gegeben hat. Denn es ist natürlich politisch ein Wagnis. Das ist auch der Grund dafür, warum Herr Dr. Klug damals andere Zahlen vorgelegt hat und Sie sich auch an ODIS nicht wirklich herangetraut haben. Es ist ein Spagat, auf der einen Seite zu sagen, uns fehlen 1.250 **Lehrerstellen** und 350 **Erzieherstellen**, und auf der anderen Seite zu sagen, ja, wir stehen zur **Schuldenbremse** und können nur nach und nach versuchen, diese Lücke wirklich zu schließen. Das ist ein Spagat, den wir machen und den wir politisch aushalten müssen. Aber dieser Spagat ist nichts im Vergleich zu dem Spagat, den viele Schulen in diesem Land tagtäglich vollbringen müssen und der auch in den Schulen vor Ort immer wieder gelingt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Beifall Uli König [PIRATEN])

Er gelingt auch, weil er gelingen muss.

Frau Wende hat dargestellt, welche Maßnahmen jetzt vorangetrieben werden.

Frau Franzen, wenn Sie sich darüber aufregen, dass jetzt den kleinen Schulen so eine Zusage gemacht worden sei: Sie haben damals den Gemeinschaftsschulen drei Differenzierungsstunden und den Regionalschulen zwei Differenzierungsstunden in laufenden pädagogischen Konzepten gestrichen. Ich finde, da müssen Sie sehr vorsichtig mit dem sein, was Sie uns an dieser Stelle vorwerfen. Die gleiche Arbeit mit deutlich weniger Stunden - das haben Sie ohne mit der Wimper zu zucken verlangt.

Wir werden uns dem Bereich **strukturelle Lücke** in den Schulen nur step by step nähern können. Bei der **Neuverschuldung** gibt es inzwischen einen Common Sense, dass wir sagen: Wir haben eine sehr hohe Neuverschuldung, wir müssen Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen. Ich glaube, dass es im Bereich der Schulen ähnlich laufen wird. Da werden wir in einen ähnlichen Bereich kommen, dass wir erkennen, dass wir nur nach und nach versuchen können, das, was wir von den Schulen erwarten und was wir ihnen tatsächlich an Stellen geben, in Einklang zu bringen.

Der Schülerrückgang ist ein Bereich, der uns helfen wird. Und ich setze ehrlich gesagt auch auf die Bundestagswahl.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal der Ministerin, der Landesregierung, den Koalitionsfraktionen danken, weil es nicht selbstverständlich ist, dass diese Zahlen heute in dieser Offenheit auf den Tisch gelegt wurden.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber besonders bedanke ich mich bei den Lehrerinnen und Lehren im Land, die täglich ihre Arbeit machen und - wie wir wissen - auch noch einen Packen mehr an Arbeit zu leisten haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort. - Auch Sie können gern bis 1 Minute 45 Sekunden das Blinken ignorieren.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich danke natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für den vorliegenden Bericht, den sie für uns seit vielen Jahren jährlich erstellen müssen.

Was mich in der heutigen Debatte etwas ärgert, stört und was ich auch unfair gegenüber den Schülerinnen und Schülern sowie den Schulen in unserem Land finde, ist, dass wir uns vorrangig damit beschäftigen, wer ist gut, wer ist böse, wer hat etwas Gutes oder wer hat etwas Schlechtes getan, und uns nicht wirklich über die **Inhalte des Berichtes** auseinandersetzen, uns mit den Statistiken beschäftigen, wie die einzelnen Relationen aussehen. Wir haben uns von der Ministerin erklären lassen, wie man Statistiken zu verstehen hat - das ist auch sehr hilfreich gewesen. Mir fehlen aber ganz schlicht und ergreifend deutliche Signale zu dem, was Sie hier im Land verkünden.

(Beifall FDP)

Ich habe mir die Berechnung der GEW aus dem letzten Jahr angeschaut sowie deren alte Pressemitteilung dazu, weil ich davon ausgegangen bin, dass das in der heutigen Debatte ein wesentlicher Schwerpunkt sein wird.

Frau Kollegin Erdmann, Sie sprechen von einer **gefühlten Wirklichkeit** an den **Schulen**, die sich nicht in den Zahlen des Ministeriums widerspiegeln. Das kann ich nachvollziehen. Das ist ähnlich wie mit dem Wetter, es gibt gefühlte und tatsächliche Temperaturen, die sind persönlich unterschiedlich. So kann es auch sein, durch ein unglückliches Zusammentreffen an den Schulen, durch Krankheitsfälle oder andere Dinge, dass die Unterrichtsversorgung an einer Schule vor Ort als schlecht empfunden wird - trotz allen Engagements der Lehrer, das zu kompensieren.

Auch andere Faktoren können eine Rolle spielen. Sie erinnern sich vielleicht an den Vulkanausbruch vor einigen Jahren in Island - den Namen werde ich jetzt nicht versuchen, richtig auszusprechen -, der zum Ende der Ferienzeit Nordwesteuropa lahmlegte, sodass viele urlaubende Lehrer nicht rechtzeitig zum Schulauftakt in den Schulen waren.

Aufgabe der Politik muss es doch sein, Einzelpunkte zu abstrahieren und zu sehen, ob Handlungsbedarf besteht. Es bedarf also Fakten, auf die sich politische Entscheidungen stützen können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

**Anita Klahn [FDP]:**

Nein, die kann sie gern hinterher stellen.

Diese Fakten liefert der vorgelegte Bericht zur Unterrichtssituation, auf dessen Zahlen ich mich zumindest grob verlassen können muss. Dieser Bericht sagt uns, dass die Unterrichtsversorgung eigentlich ganz gut ist. Ich habe jedenfalls nichts darin von den fehlenden Stellen, die die GEW angemahnt hat, gelesen - zuzüglich zu den Erkenntnissen, die Sie gewonnen haben. Ich habe auch nichts dazu gelesen, wie Sie damit umgehen wollen, dass an einzelnen Schulen die **Mindestgrößenverordnung** nicht mehr erfüllt wird. Ich habe aber wohl vernommen, dass Sie, Frau Ministerin Wende, eben bei der Demonstration vor der Tür den Eltern, Schülerinnen und Schülern und den Lehrern versprochen haben, Sie würden erst einmal gar nichts tun, sondern auf die kreativen Lösungen warten, die jetzt von den Elternvertretern, Schülern und Kommunen vorgelegt werden sollten; dann würden Sie schauen. Im gleichen Atemzug haben Sie aber auch gesagt, dass Sie natürlich kein zusätzliches Lehrpersonal zur Verfügung stellen könnten.

Sieht Ihre kreative Lösung dann so aus wie zum Beispiel in dem Ort Neudorf-Bornstein, wo man sich mit der mittelholsteinischen Privatschule zusammenschließt und zukünftig die Eltern 130 € monatlich an Schulkosten bezahlen müssen, damit ihre Schule vor Ort erhalten bleibt?

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich frage mich, wie sozial das ist.

Ich weiß, Politik ist immer eine Frage des Machbaren, was sich in Zeiten knapper Kassen und notwendiger Einsparungen häufig auf die Frage reduzieren muss, was noch vertretbar ist.

Die GEW hat vorgerechnet, 1.488 Stellen fehlten. Sie sagen jetzt, wir haben einen Rückgang von 2.125 Lehrerstellen, Sie wollten 275 davon erhalten. Sie sagen, Sie stellten neuerdings **Geldmittel statt Lehrerstellen** zur Verfügung. Da frage ich mich, ob so etwas in der Vergangenheit nicht auch möglich war. Ich erinnere mich sehr gut an einen Fall bei uns in der Schule vor Ort. Es gab immer schon - oder nicht immer, aber schon seit Langem - diese Mittel: Geld statt Stellen.

(Anita Klahn)

Der aktuelle Bericht zur Unterrichtsversorgung, also die Landesregierung, sagt, die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein an den allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren ist auf dem Gebiet des Vorjahresniveaus gehalten und an den berufsbildenden Schulen erhöht worden. Sie befindet sich da sogar auf einem Höchststand. Das freut mich besonders, da diese Schulform über Jahre vernachlässigt wurde und durch Minister Klug hier endlich nachgesteuert wurde.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da dürfen Sie gern lachen. Ich erinnere gern daran, wie viele Jahre Sie vonseiten der SPD für die Bildungspolitik verantwortlich waren, und daran, dass Ekkehard Klug kein leichtes Erbe übernommen hat.

(Beifall FDP)

Dass Sie das nicht gern hören, ist mir klar.

Meine Damen und Herren, uns allen muss klar sein, auch wenn uns das nicht gefällt - mir so wenig wie Ihnen -, dass ein zur Haushaltskonsolidierung dringend notwendiges Personaleinsparkonzept, das die mit Abstand größte Beschäftigtengruppe ausnehmen würde, kein tragfähiges Konzept mehr sein kann. So habe ich seinerzeit den Kollegen Habersaat auch einmal verstanden.

Abschließend möchte ich noch auf einen Aspekt in dem Bericht eingehen, der von Ihnen hier nicht weiter behandelt wird. Die Schülerzahl an den **Gymnasien** ist trotz bekannter demografischer Entwicklungen um gut 100 Schülerinnen und Schüler weiter gestiegen. Vergleicht man die Übergänge und die Übergangsempfehlung von Grundschulen an die weiterführenden Schulen, so sind zwei Zahlen interessant: 80 % der Schülerinnen und Schüler mit gymnasialer Empfehlung wechseln auf das Gymnasium, jedoch nur 8 % mit Gymnasialempfehlung an eine Gemeinschaftsschule. Dieser niedrige Wert ist damit gegenüber dem Vorjahr noch einmal gesunken. Das sagt mir, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Gymnasien wollen.

Meine Damen und Herren, Ihr Feldzug gegen diese Schulform richtet sich damit direkt gegen den Bürgerwillen.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hätte mir gewünscht, dass man sich die Entwicklung an den G-9-Gymnasien näher anschaut,

wie zum Beispiel die am Flensburger Fördegymnasium, welches aus allen Nähten platzt.

Ich fordere die Koalition an dieser Stelle erneut auf: Ziehen Sie Ihr unsägliches Vorschaltgesetz zurück und horchen Sie in Ihrem Dialog und in der Debatte zu G 8 und G 9 hin, was die Bürgerinnen und Bürger wollen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, das hat mit Unterrichtsversorgung zu tun, liebe Frau Erdmann, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht.

(Beifall FDP - Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keinen blassen Schimmer!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über Bildung, über den Bericht zur Unterrichtssituation im Land und über die vorhandenen Probleme. Wir sprechen über **Daten des Jahres 2011**, die uns mit dem Bericht zur Unterrichtssituation vorliegen, eine Erhebung aus der schwarz-gelben Regierungszeit. So ist jeder irgendwo beteiligt: die von damals, wir von heute und im besten Fall alle zusammen für die von morgen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SSW)

Die vorgelegten Anträge zum Unterrichtsausfall lassen den Schluss zu, dass hier der fraktionsübergreifende Ruf nach Ehrlichkeit laut geworden ist. Das ist auch gut. Im Bildungsbereich wurde in den zurückliegenden Jahren die Ehrlichkeit fast immer durch statistische Spielchen außer Kraft gesetzt. Eine **ehrliche Bestandsaufnahme** wäre hier ein Quantensprung. Ich hoffe, dass er gelingt. Wir werden später noch über die einzelnen Anträge sprechen.

Zunächst aber danke ich der Bildungsministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht.

(Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Er ist einer von vielen aus den letzten Wochen und Monaten, einer, der seit 1977 regelmäßig vorgelegt

(Sven Krumbeck)

wird und zunehmend Spielraum für Interpretationen lässt. Das liegt nicht an denjenigen, die den Bericht erstellen, sondern an den sich verändernden Anforderungen an die Daten.

Zum Beispiel wurde mit der Einführung der **Kontingentsstudenten** die Verantwortung der Stundenzuweisung an die Schulen übergeben. Politisch heißt das: Verantwortung übertragen. Die, die damit vor Ort umgehen müssen, nennen das: Mangelwirtschaft. Ich spreche mich an dieser Stelle nicht gegen die Kontingentsstudenten aus. Ich glaube aber, dass die veränderten Strukturen, Notwendigkeiten und Entwicklungen heute andere Instrumente und Erhebungen verlangen als damals im Jahr 1977.

(Martin Habersaat [SPD]: Das war ein gutes Jahr!)

Auch wenn es an der ein oder anderen Stelle schon Veränderungen im Bericht gab, können wir sicher noch zielgenauer Fragen stellen.

Mit den Daten ist das ohnehin so eine Sache. Was im letzten Jahr noch vom liberalen Bildungsminister Klug sehr umfangreich, nämlich im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Kollegin Erdmann, hinsichtlich der kleinen Grundschulen im Land beantwortet wurde, geht heute nicht mehr.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja!)

Nach den bedrohten **Grundschulstandorten** gefragt, hat das Ministerium auf meine sehr ähnliche Kleine Anfrage völlig ahnungslos geantwortet: Die Daten sind nicht bekannt, sie werden nicht erhoben. Ich hoffe an dieser Stelle ganz stark, dass mit den Daten im Ministerium nicht auch die Kenntnis um die Sorgen der kleinen Grundschulen verloren gegangen ist, damit die kleinen Schulen in der Fläche nicht zu Frau Wendes vergessenen Kindern werden.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP  
- Zuruf: Haushaltsansatz!)

Zwei Dinge könnten hier helfen, zum einen, dass ich mir die Daten an anderer Stelle besorgt habe und der Ministerin gern vollständig zur Verfügung stelle, damit sie mitreden kann, wenn es um die Schließung kleiner Schulen geht. Zum anderen haben heute die Eltern vom Netzwerk Dithmarscher Grundschulen vor diesem Haus auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. Auch das gehört zur Unterrichtssituation in diesem Land dazu.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Denn während in den Schulen versucht wird, mit den Ressourcen umzugehen und den gewachsenen

und veränderten Anforderungen gerecht zu werden, vergleichen wir hier im Landeshaus Daten und Erhebungen aus vielen verschiedenen Perspektiven und kommen immer wieder zu einem Ergebnis, das uns jüngst noch einmal von Herrn Dr. Köller im Bildungsausschuss vorgestellt wurde: Die **Strukturen** sind **unerheblich**. Lernleistungen lassen sich steigern, Lernbiografien positiv entwickeln, wenn a) die Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sind, Schwächen und Stärken zu diagnostizieren und sie b) entsprechend differenziert die Schüler fördern und fordern. Dafür benötigen sie unter anderem die entsprechenden Stunden, um so einen Unterricht erteilen zu können.

(Beifall PIRATEN)

Fast 7.600 Stunden wurden im Schuljahr 2011/2012 im Vergleich zum Vorjahr weniger erteilt. Das ist auch klar, denn es gibt weniger Schüler, weniger Klassen und damit auch weniger zu **erteilende Stunden**. Dieser Wert allein sagt nicht viel.

Der Bericht kommt immer - interessanterweise wie alle seine Vorgänger auch, egal unter welcher Regierung - zu dem Schluss, dass trotz aller Widrigkeiten die **Indikatoren für die Unterrichtsbemessung stabil** gehalten wurden. Was heißt denn hier „stabil“? Ein stabiles Gut oder ein stabiles schlecht? Was wird, ausgehend von „stabiler Ausgangslage“, erreicht? Wie sieht der Unterricht aus? Was kommt tatsächlich bei den einzelnen Schülern für die Entwicklung seiner eigenen Lernbiographie an? Diese Zahlenvergleiche sind interessant und bestimmt auch nützlich, aber sie bringen uns inhaltlich nur bedingt weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sau wird vom Wiegen nicht fett.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen uns vielmehr fragen, wie wir unseren Schulen qualitativ zu mehr Gewicht verhelfen können. Genau da müssen wir hin, denn eine weitere Statistik von vielen, der regelmäßig erscheinende **Ländervergleich zur KMK** zeigt, dass alle Länder, unabhängig von ihrer Regierungszusammensetzung, immer mehr Geld für Schulen ausgeben. Hier darf man sich fragen, wie sich das in der Qualität der Schulen niederschlägt.

Sie können eine fantastische neue Schule bauen und alles mit Millionenbeträgen ausstatten. Wenn der innere Common Sense, der pädagogische, nicht funktioniert, taugt die Schule nicht. - Diese Aussage stammt nicht von mir, sondern vom ehemaligen

(Sven Krumbeck)

schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Björn Engholm.

(Beifall Lars Harms [SSW] - Martin Habersaat [SPD]: Guter Mann!)

Dass sie aus dem Jahre 1993 stammt, sollte uns heute zu denken geben, denn sie hat in 20 Jahren nichts von ihrer Aktualität verloren.

(Beifall PIRATEN)

Es wird Zeit, dass wir uns alle gemeinsam an dieser Stelle bewegen und eine Schule machen, die trotz aller Schwierigkeiten etwas taugt, die gesund ist. Denn das ist der entscheidende Punkt beim Unterrichtsausfall. In einem gesunden Betrieb können Krankheitsfälle abgedeckt werden. In unseren Schulen wird Krankheit zum Problem, weil das **strukturelle Defizit** - oft zum Beispiel von der GEW genannt und ebenso oft ignoriert - die Krankheit Nummer eins an unseren Schulen ist.

Wir reden hier über ein möglicherweise vorhandenes strukturelles Defizit, früher sprach man auch von **Unterrichtsfehl**. Mit der Forderung, dieses strukturelle Defizit zu benennen, gehen die Mehrheitsfraktionen ein großes Risiko ein. Dafür spreche ich ihnen meinen Respekt aus. Schließlich kann das dazu führen, dass die gesamte Finanzierung des Konzepts neu überdacht werden muss, damit eventuell von der demografischen Rendite nichts mehr übrig bleibt. Entscheidend wird sein, wie Sie - Regierung und alle politisch Verantwortlichen hier im Haus - damit umgehen werden. Vielleicht ist eine solche erste ehrliche Bestandsaufnahme auch der Moment für ein Relaunch in der Bildungspolitik, an dem sich wirklich alle beteiligen können und sollten, und das nicht nur auf der Ebene von Partei- und Fraktionsvorsitzenden, sondern mit allen.

Ich freue mich auf eine gute Beratung mit Ihnen allen im Ausschuss.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule und des Förderzentrums Probstei, Schönberg, und der Regionalschule in Heikendorf. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW spricht jetzt Frau Abgeordnete Gitte Waldinger-Thiering.

(Zuruf: Jette!)

- Jette, Entschuldigung! Wie komme ich auf Gitte? Ich habe heute Morgen wohl die falsche CD gehört.

(Heiterkeit)

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Das glaube ich allerdings auch. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Debatten über die Unterrichtssituation und die Lehrerversorgung im Schulbereich werden hier im Haus völlig zu Recht in schöner Regelmäßigkeit geführt. Wir alle haben den Anspruch, dass die Bildungschancen unserer Kinder so gut wie irgend möglich sind. Dass solche Debatten auch in dieser Legislaturperiode geführt werden, ist also völlig klar. Es liegt auf der Hand, dass vor allem die ausreichende **Ausstattung** mit **Lehrkräften** an unseren Schulen enorm wichtig ist, wenn eine hohe Qualität der Bildung erreicht werden soll. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, dass diese Ausstattung nach wie vor zu wünschen übrig lässt.

Ich will diese Gelegenheit nicht dazu nutzen, um mit Schuldzuweisungen um mich zu werfen. Aber mit Blick auf so manche Initiative der CDU- und der FDP-Fraktion muss ich doch um ein wenig mehr Geduld und ein wenig mehr Zurückhaltung bitten. Wer bereitwillig Lehrerstellen auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung opfert und hier den offensichtlich kurzfristig dringenden Fehlbedarf nicht angehen will, sollte mit seinen Forderungen vorsichtig sein. Eins lässt sich zumindest schwer leugnen: Die vergangenen bildungspolitischen Beschlüsse von Schwarz-Gelb haben kaum zur auskömmlichen Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern beigetragen.

Der SSW hat nicht nur die Schulpolitik der Vorgängerregierung kritisiert, sondern auch immer wieder Verbesserungen bei der Unterrichtssituation angemahnt. Es wäre verlogen, wenn wir hier und heute sagen würden, dass nun plötzlich alles wunderbar sei und alle Probleme gelöst seien. Aber gerade, weil die Situation nicht rosig ist, steht für uns eines fest: Wir wollen im Sinne der Kinder und der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen handeln und vor den bestehenden Problemen nicht einfach die Augen verschließen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Fakt ist, dass zwischen dem **Planstellenbedarf** und der **Planstellendeckung** im Bereich der Lehrkräfte-

(Jette Waldinger-Thiering)

ausstattung ein Defizit besteht. Demografische Rendite hin oder her: Man muss erkennen, dass wir einfach zu wenig Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen haben. Dieses Defizit wurde schon von meinen Vorrednerinnen und besonders von der Ministerin benannt. Dieses **Defizit** von Lehrerstellen lässt sich ganz sicher nicht von heute auf morgen und wohl auch leider nicht komplett abbauen. Aber wir werden an dieser Aufgabe Schritt für Schritt weiterarbeiten, um den dringenden Bedarf decken zu können. Dass wir dabei die von der GEW vorgelegte aktualisierte Bedarfsrechnung einbeziehen, versteht sich von selbst. Übrigens wird schon hier der Unterschied zu unseren Vorgängern deutlich.

Bildung hat für diese Koalition bekanntlich eine sehr hohe Priorität. Wir wollen die **Bildungsqualität** spürbar erhöhen und die Unterrichtsversorgung sichern. Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich schon auf den Weg gemacht, um genau diese Ziele zu erreichen. So haben wir zum Beispiel schon heute einen großen Teil der im ersten Schritt geplanten 300 Lehrerstellen ins System zurückgegeben. Natürlich ist dies nur ein Anfang. Aber im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode ist es damit schon heute zu einer Verbesserung der Unterrichtssituation und zur Entlastung der Lehrkräfte gekommen. Diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe die schwierige finanzielle Situation des Landes erwähnt. Statt jetzt die Hände in den Schoß zu legen, folgt daraus für uns aber vor allem eins: Die wenigen Mittel, die zur Verfügung stehen, dürfen nicht sinnlos verpulvert werden. Sie müssen so zielgerichtet wie überhaupt möglich eingesetzt werden, damit wir endlich zu langfristig spürbaren Verbesserungen an unseren Schulen kommen. Um diese Effizienz zu erreichen, brauchen wir eine ungeschönte und ehrliche **Bestandsaufnahme**.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Deshalb begrüßen wir nicht nur die Tatsache, dass das Bildungsministerium eng mit der GEW und nicht zuletzt mit den Schulen selbst zusammenarbeitet. Wir freuen uns auch über die ehrliche Berichterstattung der Ministerin hier im Landtag. Auf dieser Basis gibt es nun endlich die Möglichkeit, das bestehende Defizit bei der Ausstattung mit Lehrkräften zielgerichtet zu bekämpfen. Und genau das wollen wir.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, mit mir die Landeselternbeiratsvorsitzende für Gymnasien, Dr. Elke Krüger-Krapoth, und den Landesbeiratsvorsitzenden für Gemeinschaftsschulen, Stefan Hirt, zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Martin Habersaat für die SPD-Fraktion.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht zur Unterrichtssituation weist nach, dass die **Unterrichtsversorgung stabil** geblieben ist, sich sogar leicht verbessert hat, aber auf einem Niveau, das eben nicht als gut zu bezeichnen ist. Neu ist, dass eine Bildungsministerin in diesem Landtag sagt: Jawohl, wir verlangen von den Schulen Dinge, für die wir sie nicht so ausstatten, wie sie rechnerisch ausgestattet werden müssten. Das ist ein neuer Umgang mit den Schulen. Ich glaube, das allein wird die Stimmung der Lehrerinnen und Lehrer, der Kolleginnen und Kollegen, massiv verbessern. Das ist eine neue Qualität in der Debatte. Deswegen kann ich gar nicht genug betonen, wie wichtig es ist, dass uns das in diesem Hause gelungen ist.

Frau Franzen, was ist denn Ihre Antwort darauf? Sie bemängeln Formfragen, schauen nach, wer was wann beantragt hat und wie und wo etwas in irgendwelche Tabellen aufgenommen wurde. Das kann doch nicht Ihre Reaktion auf einen so bedeutsamen Moment sein. Ich rate Ihnen, sich einmal die Worte Ihres Parteivorsitzenden zu Herzen zu nehmen, der sagte, durch Nörgeln werde es die CDU jedenfalls nicht schaffen, das Tal zu durchschreiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wobei - machen Sie ruhig so weiter, das ist für uns gar nicht so schlecht.

(Heiterkeit SPD und SSW)

Wir haben in Zeile 573 des Koalitionsvertrags gesagt, dass wir eine solche ehrliche **Eröffnungsbilanz** wollen, und wir haben im Koalitionsvertrag angekündigt, dass wir uns mit dem Unterrichtsausfall befassen werden. Natürlich liegt es im Selbst-

(Martin Habersaat)

verständnis selbstbewusster, frischer und funktionierender Fraktionen, dass sie sich herausnehmen, Punkte aus dem Koalitionsvertrag in Antragsform zu gießen und dem Landtag vorzulegen. Was denn sonst? Das können Sie doch nicht als Misstrauen gegen eine Ministerin deuten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Frau Klahn, was hier zu den Mindestgrößen und zu den **kleinen Grundschulen** gesagt wird, ist am Rande dessen, was aufrichtig ist. Wir müssen eine ganz schwierige Debatte führen, die auf der einen Seite das Ziel verfolgt, kleine Standorte nach Möglichkeit zu halten - „Kurze Beine, kurze Wege“: eine SPD-Erfindung -, aber auf der anderen Seite müssen wir auch sehen, welche Größe wir denn brauchen, um eine bestimmte **Qualität vor Ort** zu erhalten und zum Beispiel im Fall der Krankheit eines Lehrers den Unterricht sicherzustellen. Es müssen einfach zwei Erwachsene vorhanden sein. Wir können nicht Schulen mit nur einer Klasse am Leben erhalten. Insoweit müssen wir ehrlich mit den Leuten umgehen, wir müssen aber auch flexibel im Denken sein und können uns nicht allein darauf zurückziehen zu sagen: Das ist Schema F, und das ziehen wir durch.

Nichts anderes hat die Ministerin heute gesagt. Wir schauen uns die Fälle vor Ort an und reden mit den Menschen. Ich bitte Sie: Steigen Sie in diese Dialoge und in diese zielführenden Diskussionen mit ein und lassen Sie das Klein-Klein beiseite.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerin, vielen Dank für die wirklich ehrliche Eröffnungsbilanz.

Frau Franzen, Sie werfen uns vor, nicht mit den Schulen zu sprechen. Das stimmt definitiv nicht. Sie wissen selbst, dass wir den **Bildungsdialog** führen. Wenn Sie so wie wir alle an den Konferenzen des Bildungsdialog teilgenommen hätten - -

(Heike Franzen [CDU]: Habe ich!)

- Ich weiß, dass Sie daran teilgenommen haben, Frau Franzen.

(Anita Klahn [FDP]: Warum sagen Sie dann das Gegenteil?)

Sie waren aber rein körperlich anwesend, während wir uns mit den Verbänden in die Dialogphase begeben haben, die uns sehr viel Wohlwollen entgegengebracht haben, weil sie begeistert - ich betone: wirklich begeistert - waren, dass die Gespräche endlich in Gang gekommen sind. Sie haben nichts anderes gemacht, als sich kontinuierlich mit der Presse zu unterhalten und zu sagen, was es in den unteren Räumen alles Schlechtes gibt, wo Sie doch gar nicht daran teilgenommen haben.

(Beifall SPD und SSW)

Frau Klahn, bis zum Ende zuzuhören, macht durchaus Sinn.

(Heiterkeit und Beifall Martin Habersaat [SPD])

Wenn Sie vorhin bei der Demonstration draußen gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, was die Ministerin bezüglich der kleinen Schulen mitgeteilt hat.

(Wortmeldung Anita Klahn [FDP])

- Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Vogel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Klahn?

**Kai Vogel [SPD]:**

Ich bin sehr gespannt. Wenn Sie schon wissen, was ich sagen will, gern.

**Anita Klahn [FDP]:** Wenn Sie schon wissen, was ich fragen wollte - Zuhören wäre vielleicht auch gut.

Ich möchte gern von Ihnen wissen, wie Sie zu der Annahme kommen, dass ich nicht draußen gewesen bin.

(Zurufe SPD: Das hat er doch gar nicht gesagt! - Oliver Kumbartzky [FDP]: Er hat gesagt: „Wenn Sie draußen gewesen wären“!)

- Frau Klahn, ich antworte gern. Ich habe gesagt: Bis zum Ende zuzuhören, ist manchmal sinnvoll. Das haben Sie nicht getan. Dass Sie dabei gewesen sind, habe ich sehr wohl registriert. Ich habe die Kollegen neben Ihnen alle begrüßt, und natürlich habe ich Sie stehen sehen. Ich habe nur gesagt, Sie hätten nicht bis zum Ende zugehört. Sie haben der

(Kai Vogel)

Ministerin vorgeworfen, dass sie nicht gesprächsbereit gewesen sei, sondern nur Offerten gemacht habe, bei den **kleinen Grundschulen** werde sich etwas tun. Das hat die Ministerin definitiv nicht gesagt, sondern sie hat den Schulen am Ende des Gesprächs angeboten, kommende Woche, am nächsten Dienstag, direkt vor Ort das Gespräch mit ihnen zu suchen. Dazu muss ich sagen: Wenn es bei 833 Schulen, die wir im Lande haben, keine Leistung ist, dass die Ministerin, wenn eine Schule eine Forderung stellt, vier Tage später ein Vieraugengespräch anbietet, dann weiß ich nicht, was Sie von Dialogkultur erwarten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie halten uns vor, dass die **300 Lehrerstellen**, die weniger im System sind, in keiner Weise durch an Mehr beim **Unterrichtsfehl** zum Ausdruck gebracht worden sind. Frau Franzen, Sie müssen es nur in der jetzigen Studie nachlesen. Dort steht auf Seite 3, wann die Erhebung stattgefunden hat. Die Erhebung findet alljährlich statt, exakt einen Monat, nachdem der Schulbetrieb begonnen hat. Im letzten Jahr hat sie vom 12. September bis zum 17. September stattgefunden. Am 14. August 2011 ging die Schule los. Wenn wegen der 300 fehlenden Stellen das gesamte System nach einem Monat schon massiv zusammengebrochen wäre, dann möchte ich nicht wissen, wo wir heute stünden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber heute ist die Belastung an den Schulen eine deutlich stärkere. Nicht grundlos ist das Thema **Lehrergesundheit** eines der maßgeblichen, die zurzeit in den Schulen diskutiert werden. Sprechen Sie bitte auch einmal darüber mit den Schulen.

Jetzt komme ich zum Bereich der **Inklusion**. Ich zitiere Frau Franzen. Sie hat von „Inklusion on top“ gesprochen. Ich muss ehrlich sagen, dieser Begriff macht mich mehr als traurig. Inklusion ist nicht „on top“ zu verstehen, sondern Inklusion ist ein Selbstverständnis für Unterricht. Das sollten wir leben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Franzen, Sie haben von „Inklusion on top“ gesprochen. Wir sind stolz darauf, dass dies in allen Regierungsfractionen anders gesehen wird.

Jetzt habe ich bei den Zetteln, auf die ich mir so viel geschrieben habe - - Entschuldigen Sie bitte.

(Zurufe)

- Nein, nein. Es geht schon weiter. Keine Angst.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben keine Angst!)

Mein Gott, die Zeit! - Zum Thema Inklusion. - Entschuldigung, jetzt habe ich wirklich den Faden verloren. Meine Redezeit ist mittlerweile abgelaufen. Wir können das gern im Zwiegespräch noch einmal klären.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Herr Habersaat, Sie haben gerade Ehrlichkeit mit den Schulen eingefordert. Ich bin sehr dafür. Das gilt insbesondere auch für die Schulen, deren Vertreter gerade vor der Tür gestanden haben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will noch einmal sagen: Es ist nicht ehrlich zu versprechen, die **kleinen Grundschulstandorte** blieben bestehen. Sie sollten Konzepte liefern, denen dann eventuell stattgeben würde. Wir haben das Beispiel in Albersdorf gehabt. Dort hatte man ein Konzept vorgelegt. Man wollte die kleine Grundschule mit der Regionalschule verbinden. Das ist abgelehnt worden. Da kann man sich nicht hinstellen und sagen: Aber ich bin nicht bereit, entsprechende Planstellen zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie sagen, Sie wollten kleine Grundschulstandorte erhalten, dann müssen Sie auch sagen, was Sie dafür in die Hand nehmen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Ansonsten werden Sie das Defizit an den Schulen noch sehr viel mehr ausweiten, weil Sie auch mit den kleinen Grundschulstandorten einen immer höheren Bedarf schaffen. Der Pressemitteilung der Grünen brauche ich wohl nichts hinzuzufügen.

Wenn Sie Ehrlichkeit mit den Schulen wollen, dann will ich bitte auch Ehrlichkeit im Umgang mit dem Parlament haben. Dazu möchte ich noch etwas aufgreifen, was Herr Krumbeck gerade angeführt hat. Herr Krumbeck hat eine Kleine Anfrage zur **Situation der Grundschulen** hier in Schleswig-Holstein gestellt. Ausgewiesen worden sind elf Grund-

(Heike Franzen)

schulen, die gefährdet sind, und drei Grundschulen, die sich momentan in einer organisatorischen Verbindung befinden. Ich habe mehrere Anfragen zum **Vertretungsfonds** an das Ministerium gestellt und habe das Gleiche wie Herr Krumbeck erlebt. Noch in der letzten Legislaturperiode konnte mir Herr Dr. Klug deutlich aufzeigen, wie weit die Fonds ausgeschöpft sind, welche überzeichnet waren, wo umgeschichtet werden musste. Das ist jetzt auf einmal alles nicht mehr möglich. Der Bericht zur Unterrichtssituation, der ja erst im letzten Monat vorgelegt worden ist, weist **kein strukturelles Defizit** aus. Das fiel jetzt in den letzten Tagen vom Baum.

Meine Damen und Herren, so kann man mit dem Parlament nicht umgehen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir haben eine Kleine Anfrage zur **Lehrersituation an den Gymnasien** gestellt. Da ist es überhaupt kein Problem. Gibt es dort in den nächsten fünf Jahren keine strukturellen Schwierigkeiten, Frau Ministerin? Ich finde, das ist eine Art und Weise des Umgangs mit dem Parlament, die nicht in Ordnung ist.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Frau Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Franzen, gerade bei dem Punkt „strukturelles Defizit“ hat die Ministerin nicht zuerst den Weg in die Pressekonferenz gesucht, sondern sie ist hier ins Parlament gekommen und hat die Zahlen vorgetragen. Ich weiß überhaupt nicht, was Ihr Problem ist.

Sie werfen uns gleichzeitig zu viel und zu wenig Dialog vor. Gleichzeitig werfen Sie uns vor, wir würden zu viel und zu wenige Lehrerstellen streichen. Ich kann Kritik verstehen. Sie muss aber auch irgendwie konsistent sein und in eine Richtung gehen. Es kann nicht immer dieses Hin und Her geben, wie es gerade passt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die von Frau Klahn erwähnten Punkte eingehen. Für den „Schimmer“ möchte ich mich entschuldigen, wenn es Sie verletzt hat. Ich sage Ihnen jetzt, warum ich

dazu gekommen bin. Die **Mindestgrößenverordnung**, die Sie hier angesprochen haben, ist - kurz vor dem Amtsantritt von Frau Ministerin Wende - von Ihrem damaligen Minister Klug verlängert worden. Sie wurde noch einmal verlängert. Es gab vorher schon Debatten darüber, dass man nicht noch einmal versuchen sollte, die Mindestgrößenverordnung anzupacken und zu flexibilisieren.

Im Gegensatz zu Ihnen habe ich in der Bildungskonferenz nicht vor Journalisten über den Ansatz des Dialoges herumgörgelt, sondern ich war zum Beispiel in der Arbeitsgruppe „Grundschulen im ländlichen Raum“. Dort haben wir mit vielen Leuten über die Frage gesprochen: Was können denn die Lösungsmöglichkeiten sein?

Frau Franzen hat es gerade richtig getroffen. Mit unserer Pressemitteilung ist schon vieles gesagt worden. In ihr steht, was auch im Koalitionsvertrag steht. Wir haben gesagt: Wir wollen ELER-Mittel auch dafür nutzen, Schulen und Kitas im ländlichen Raum zu fördern.

Frau Franzen, wir - Bernd Voß und ich - haben schon damals mit einer Kleinen Anfrage erfragt: Was haben denn andere Bundesländer gemacht? Ihr damaliger Landwirtschaftsminister, Herr von Boetticher, hat in dem Bereich „Bildung im ländlichen Raum“ wirklich keinen Euro explizit ausgegeben. Es gibt den Schwerpunkt 1, Bildung im ländlichen Raum; aber für **kleine Grundschulen und Kitas** hätte man dieses Geld nutzen können. Es ist aber nicht genutzt worden. Mecklenburg-Vorpommern hat 13 Millionen € dafür verwendet, Sachsen-Anhalt allein für den Bereich der kleinen Grundschulen 65 Millionen €.

Diese erwähnte Denkpause ist deshalb so gut, weil man in ihr genau über solche Punkte nachdenken kann; denn es ist nicht nur in erster Linie eine Bildungsfrage. Die Frage der kleinen Grundschulen ist vielmehr eine elementare Frage für das Flächenland Schleswig-Holstein. Eigentlich ist es eine Frage des ländlichen Raumes. Dazu müssen wir sagen: Das gehört nicht nur in den Bereich Bildung, sondern auch in den Bereich Landwirtschaft und ländliche Räume.

Ich komme auf den Punkt Geld statt Stellen. Ich finde es schön, wenn Sie das Herrn Dr. Klug zuordnen. Meines Erachtens war das, glaube ich, auch eine Idee der Ministerin Erdsiek-Rave. Das **Vorschaltgesetz** hat mit dem Fördergymnasium beziehungsweise mit der Zügigkeit wirklich überhaupt gar nichts zu tun. Wir werden das in der Anhörung möglicherweise auch zu hören bekommen.

(Anke Erdmann)

Vielleicht ist noch nachzutragen, dass im Koalitionsvertrag auch steht, dass es einen ersten Entwurf für ein Konzept gegen Unterrichtsausfall noch in diesem Jahr geben soll. Die Notwendigkeit, in diesem Bereich tätig zu werden, sehen wir. Frau Franzen hat im letzten Juli noch einmal dargestellt, wie viel besser die **Unterrichtsversorgung** geworden ist. Frau Klahn, ich wollte Ihnen vorhin bei Ihrer Rede eine Frage stellen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagten Sie: An den Schulen ist alles in Butter. Der Bericht heute zeigt, dass es eben nicht nur um die gefühlte Wahrnehmung an den Schulen geht.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum Schluss, das ist mein letzter Satz. - Es geht eben nicht nur um die gefühlte Wahrnehmung an den Schulen. Das haben Sie hier so ein bisschen lächerlich gemacht. Vielmehr zeigt es: Die Ausstattung der Schulen ist wirklich auf Kante genäht. Darüber kann man nicht hinwegsehen. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anita Klahn von der FDP-Fraktion.

**Anita Klahn [FDP]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Frau Erdmann, ich fange gleich mit dem Letzten an: Ich finde es immer wieder faszinierend, von welcher Polemik die Redebeiträge hier geprägt sind. Ich habe - - mit Verlaub - nicht gesagt, dass an den Schulen alles in Butter ist. Ich habe darauf hingewiesen, was in dem Bericht steht. In dem Bericht steht: Die Unterrichtsversorgung ist auf einen guten Stand. Sie ist mit dem Vorjahresniveau verglichen worden, et cetera.

Ich bin in der Bildungspolitik gelandet, weil mich die Politik von Frau Erdsiek-Rave über viele Jahre massiv geärgert hat und ich mitbekommen habe, was an den Schulen stattgefunden hat. Dort ist es regelmäßig schlechter geworden. Das hat regelmäßig zu einem **Absinken des Leistungsniveaus** beigetragen. Ich habe gesehen, wie frustriert Lehrer in Bezug auf die Unterstützung ihrer Arbeit sind. Wir behandeln das Thema Unterrichtsausfall - Gott sei

Dank - während des nächsten Tagesordnungspunktes noch einmal genau.

Ich möchte - das ärgert mich immer wieder - anmerken: Mich ärgert immer wieder der pauschale Vorwurf, wir hätten uns der **Bildungskonferenz** entzogen. Das haben wir mitnichten getan. Wir sind nur von Voraussetzungen ausgegangen. Sie haben da vielleicht einen Wissensvorsprung gehabt, dass es vier Arbeitsgruppen geben wird. Wir hatten die Möglichkeit, dort mit zwei Leuten teilzunehmen. Wir haben genau darauf gesehen, wer vormittags und wer nachmittags in die Arbeitsgruppen geht; denn die haben sich wiederholt. Vor Ort wurden wir damit konfrontiert, dass diese einzelnen vier Arbeitsgruppen sich noch einmal in bis zu sechs Unterarbeitsgruppen aufteilten. Erzählen Sie mir bitte, wie man das als einzelne Person beziehungsweise - wenn man die Möglichkeit hat, dort mit zwei Vertretern teilzunehmen - zu zweit hinkommen soll, wenn dann auch noch gesagt wird, es sei eigentlich nicht erwünscht, dass die bildungspolitischen Sprecher da sind. An der Stelle habe ich ganz deutlich gesagt: Es ist für mich unfair, wenn ich nur an einer einzigen Unterarbeitsgruppe teilnehme und intensiv diskutiere, et cetera, was gar nicht gewünscht war.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Anita Klahn [FDP]:**

Nein, ich habe nur wenig Zeit. Lassen Sie es! - Die weitere Teilnahme an weiteren Arbeitsgruppen und Gesprächen wird für uns als Bildungspolitiker auch dadurch erschwert, dass Termine gesetzt werden, wenn zum Beispiel standardmäßig Fraktionssitzungen stattfinden. Man kann natürlich persönliche Schwerpunkte setzen, ob man dann eben an einer Ausschusssitzung nicht mehr teilnehmen möchte. Diese Entscheidung überlassen Sie doch bitte uns.

Wenn Sie davon reden, dass wir einen **fairen Dialog** miteinander führen sollen, dann tun Sie das bitte auch mit uns. Hauen Sie hier nicht immer irgendwelche Unwahrheiten und Halbwahrheiten raus.

Wir sind draußen gewesen und haben die Ministerin auch reden gehört. Ich fand es erstaunlich, dass sie auch klargestellt hat, mit dem Ministerpräsidenten müsse man nicht sprechen, das könne sie alles viel besser.

(Anita Klahn)

Ich habe mit Erstaunen die **Pressemitteilung der Grünen** „Zukunft der kleinen Schulen im ländlichen Raum“ gelesen. Sie sagen in der Pressemitteilung ganz deutlich, Ihnen sei klar, dass Sie sich dem Rückgang der Schülerzahlen stellen, dass nicht jeder Schulstandort erhalten werden kann. Weiter sagen Sie, dass Sie mit dem „Lehrerzuschlag für Ministandorte, den sich die Eltern heute gewünscht haben“, so nicht leben können.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie zu Ende!)

- Ich lese zu Ende und sehe, dass Sie auch kreative Lösungen und Gespräche et cetera wollen. Sie haben aber - darauf möchte ich hinaus, Frau Erdmann - den Eltern durch die Ministerin suggeriert: Wir kümmern uns. Sie suggerieren ihnen weiter: Ich komme nächste Woche, und wir tun. Gleichzeitig sagen Sie aber: Es geht irgendwo doch nicht. Wo ist das ein fairer Dialog?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung der Abgeordneten Frau Anke Erdmann? Nach Beantwortung dieser Frage ist Ihre Redezeit zu Ende.

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, dass ich am 2. November 2012 zusammen mit Bernd Voß in Schafstedt und auch in Hochdonn gewesen bin. Die Eltern wissen ganz genau von dieser Lösung mit **ELER**. Wir haben uns vor Ort sehr deutlich dagegen ausgesprochen, dass es einen Extra-Lehrerzuschuss gibt. Wir haben aber mit den Leuten vor Ort sehr klar darüber geredet, was denn eigentlich Möglichkeiten sind, die ausgeschöpft werden können, und was keine sind. Wir haben auch darüber geredet: Wie gibt man auch dem Schulverband und den Schulträgern eine größere Flexibilität an die Hand? Während man dort auf die Antwort der FDP und anderer Fraktionen noch gewartet hat, waren wir längst da und im Gespräch. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das war zwar eine Bemerkung, Sie dürfen aber trotzdem auch auf Bemerkungen antworten.

**Anita Klahn [FDP]:**

Auch das, Frau Erdmann, ist wieder eine der typischen Unterstellungen. Der Kollege Kumbartzky ist vor Ort gewesen. Die Kollegin Veronika Kolb ist mit denen im Gespräch. Sie hat einen Brief geschrieben. Er wurde abgestimmt. Stellen Sie doch nicht immer irgendwelche Behauptungen in den Raum, sondern führen Sie auch mit uns bei dieser Arbeit einen vernünftigen und fairen Dialog. Erkennen Sie an, dass auch wir mit den Parteien und den Gruppierungen im Bildungswesen all die Jahre gesprochen haben und dass Sie nicht die Erfinder des Dialoges sind.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/308 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist für diesen Bericht Ausschussüberweisung beantragt worden. Das heißt, dass die Drucksache 18/241 zur abschließenden Beratung dem Bildungsausschuss überwiesen werden soll. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig beschlossen, den Berichts Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 27 und 36 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Verbesserte Erfassung des Unterrichtsausfalls - mehr Transparenz und Effizienz**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/278

**b) Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/305

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zunächst

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

zu den Antragstellern. Als erster Antragsteller ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Kai Vogel an der Reihe. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren hat der Unterrichtsausfall unter wechselnden Bildungsministerinnen und -ministern deutlich abgenommen. Der Jahresbericht zur **Unterrichtsversorgung** geht davon aus, dass er im abgelaufenen Schuljahr von 2,17 auf 2,09 % zurückgegangen ist.

Diese erfreuliche Tendenz bildet sich in fast allen Schularten ab, aber es gibt sehr deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten: Während der Unterrichtsausfall an den Gymnasien bei 3,07 % lag, wird für die Grundschulen ein Wert von 0,35 % angegeben. Dagegen stehen die Aussagen in der Presse, zum Beispiel in Schlagzeilen wie in den „Lübecker Nachrichten“ vom 24. März 2012: „Schulrat: nur 2 % des Unterrichts fallen aus. Elternvertreter schätzen den Unterrichtsausfall auf 10 %.“

Der Landesrechnungshof hat für das Schuljahr 2009/2010 statt des im Bericht zur Unterrichtsversorgung genannten 2,85-prozentigen Unterrichtsausfalls an den Gymnasien einen **Unterrichtsausfall von 9,66 %** festgestellt, weil er bestimmte Ursachen des Unterrichtsausfalls einbezieht, die im Ministerium nicht einrechnet werden, zum Beispiel Ausfälle aufgrund der Witterung in den Jahren 2009/2010 oder 2010/2011 oder Ausfälle, die dadurch entstehen, dass das mündliche Abitur stattgefunden hat.

Das Ministerium hat dieser Methodik widersprochen und darauf hingewiesen, dass Lehrkräfte unterrichtliche Leistungen besonders im Zusammenhang mit dem Lernen an einem anderen Ort erbracht haben. Der Landesrechnungshof hat seine Hauptkritik gegen das **System ODIS** gerichtet, das bei relativ hohen Kosten wenig aussagekräftige Ergebnisse und vor allem keine Daten liefert, die für die praktische Umsetzung von Bedeutung wären.

Spricht man mit den Schulen und nennt Ausfallzahlen, zum Beispiel im Grundschulbereich die Ausfallzahl von 0,35 %, die ich bereits nannte, dann wird man verständnislos angelächelt. Der Unterrichtsausfall ist zwar korrekt berechnet, allerdings wird nicht abgebildet, was ODIS eigentlich zum Ausdruck bringen sollte. An **Grundschulen** darf wegen der **Verlässlichkeit** kein Unterricht in der

Kernzeit ausfallen. Wie sollen Schulen dies jedoch schaffen, wenn zum Beispiel aufgrund von Krankheit bei vier Klassen einer Schule nur zwei Lehrkräfte in der Schule unterrichten können? - Hier werden Schulen kreativ und lassen Lehrkräfte mehrere Klassen parallel unterrichten. Selbstorganisiertes Lernen, Eigenlernzeit und eigenverantwortliches Lernen sind hier die gängigen Begriffe.

Für die ODIS-Meldung packt man dies in die sogenannten **organisatorischen Maßnahmen** hinein, und der Unterricht hat für die Statistik stattgefunden. Spricht man aber mit Eltern und Schülern und fragt, ob der Unterricht stattgefunden hat, dann sagen diese: Nein, es war kein Lehrer im Klassenzimmer. Die Schule antwortet korrekt nach ODIS: Die Klasse wurde unterrichtet. Ich füge hinzu: Die Lehrkraft sprang aber manchmal zwischen zwei oder drei Klassen hin und her. Das ist keine Lösung, wir brauchen verlässliche Zahlen.

(Beifall PIRATEN, Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Daher wollen wir, dass ein **neues Konzept zur Erfassung von Unterrichtsausfall** entwickelt wird. Dieses Konzept muss ohne hohen Verwaltungsaufwand verlässliche Zahlen liefern.

Der Antrag der CDU-Fraktion hat mich durchaus erstaunt. Dem Ansatz, ODIS zu modifizieren, stimmen wir zu, doch alles andere entbehrt jeder Logik. Es hilft sehr, mit den Schulen und nicht nur über die Schulen zu reden.

Den Anspruch auf Ersatz bereits ab dem ersten Tag geltend zu machen, klingt nur auf dem Papier sinnvoll. Lehrkräfte werden selten mit Ankündigung krank, und keine Schule verfügt über Lehrkräfte, die als Vertretungslehrer auf dem Schulhof herumlaufen und gegebenenfalls in den Unterricht kommen können. Auch mit **mehr Lehrerstellen** und mit dem **Vertretungsfonds** von 12,1 Millionen € jährlich werden wir einen Rückgang des Unterrichtsausfalls auf null nicht durchsetzen können. Die **Haushaltssituation** lässt es insbesondere nicht zu, Springer-Lehrkräfte einzustellen, die sozusagen neben ihrem Telefon schlafen müssen, um jederzeit für einen sofortigen Einsatz irgendwo im Land erreichbar zu sein.

Wir sind uns aber einig mit der CDU: Wir wollen, dass die Landesregierung ein neues Konzept zur Erfassung von Unterrichtsausfall entwickelt, das die Ursachen für Unterrichtsausfall und den Krankenstand unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen dokumentiert, und zwar in einer

(Kai Vogel)

Form, die für die Schulen keinen bürokratischen Mehraufwand schafft, die aber sowohl für die Schulverwaltung als auch für die Politik Daten bereitstellt, aufgrund derer administrative und gesetzgeberische Entscheidungen getroffen werden können.

Bei der **Umsetzung von ODIS** hoffen wir wegen der notwendigen Akzeptanz auf einen Weg, der von allen Fraktionen getragen werden kann. Daher wollen wir beide Anträge dem Bildungsausschuss überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bildungsbereich sind wir uns in diesem Haus nicht immer einig. Wenn es aber um das Thema ODIS geht, dann waren wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode darüber einig, dass diese Software zur **Erfassung von Unterrichtsausfall** überarbeitet werden muss. Wir brauchen endlich eine **ehrliche Bilanz** darüber, wie hoch der Unterrichtsausfall an unseren Schulen ist. Der von der Ministerin vorgelegte Bericht zur Unterrichtssituation des Schuljahres 2011/2012 geht von einem Gesamtwert von 2,09 % aus. Laut Rechnungshofbericht liegt der Unterrichtsausfall an den Gymnasien im Schuljahr 2009/2010 bei rund 10 %, allerdings ausgehend von einer anderen Berechnungsgrundlage.

Ich glaube, wir brauchen im Land insgesamt eine Verständigung darüber, wie wir Unterrichtsausfall definieren. Nicht jede Stunde, die von einer Lehrkraft vertreten wurde, ist eine ausgefallene Stunde. Allerdings ist auch nicht jede Stunde, die zur Stillarbeit genutzt wird, eine gegebene Stunde. Vor allen Dingen brauchen wir eine **gute Datengrundlage**, die uns Aufschluss darüber gibt, wann und warum Unterricht ausgefallen ist und welche Fächer in welchem Ausmaß betroffen sind. Hier kann es nicht darum gehen, irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen, sondern es muss uns darum gehen, Unterrichtsausfall so umfassend wie möglich zu vermeiden.

(Beifall Martin Habersaat [SPD], Hans-Jörn Arp [CDU] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Soweit sind wir uns, so denke ich, einig.

Die Ministerin hat im Sommer angekündigt, den **Vertretungsfonds zur Erhöhung der Differenzierungsstunden** an den Gemeinschaftsschulen zu kürzen und noch in diesem Jahr ein **Konzept zur Vermeidung von Unterrichtsausfall** vorzulegen. Es waren laut Koalitionsvertrag noch andere Maßnahmen für das Jahr 2012 geplant: Ein neues Hochschulgesetz, ein neues Schulgesetz, eine Eröffnungsbilanz als Basis für die Bildungskonferenz und neue Regelungen für die Kindertagesstätten. Bis jetzt hat die Landesregierung nichts davon vorgelegt. Wir haben noch die Dezember-Tagung in einem Monat. Es gibt schon fünf Tagesordnungspunkte, bei denen ich davon ausgehe, dass wir diese dann beraten werden.

(Beifall CDU und FDP)

Die Schulgesetzänderungen haben die Koalitionsfraktionen eingebracht. Beim Konzept zur Vermeidung von Unterrichtsausfall herrscht Schweigen im Walde. Der viel gepriesene Dialog scheint nicht zu helfen. Da müssen auch an dieser Stelle die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen wieder erst die Landesregierung per Parlamentsinitiative auffordern, ODIS zu überarbeiten. Ich hätte mir gewünscht, dass die Ministerin an dieser Stelle ein eigenes Konzept vorstellt. Aber Sie schweigen bei der Frage der Vermeidung von Unterrichtsausfall. Die Landesregierung arbeitet anscheinend nur nach Aufforderung.

Meine Damen und Herren, wir machen Ihnen heute einen praktikablen Vorschlag. Die **Überarbeitung von ODIS** und die Auswertung der Ergebnisse brauchen Zeit, das sehen wir ein. In dieser Zeit wollen wir, dass der von der christlich-liberalen Landesregierung umgesetzte **Anspruch auf Vertretungslehrkräfte** ab dem ersten Krankheitstag sichergestellt bleibt. Dazu brauchen wir entsprechende Mittel im Vertretungsfonds, die die Landesregierung im Augenblick nicht bereitstellt.

Frau Ministerin, ich bitte, dies zu berücksichtigen: Die derzeitigen Mittelansätze basieren noch auf dem alten Prinzip, dass eine Lehrkraft erst einmal drei Wochen krank sein muss, bevor es einen Anspruch auf Unterrichtersatz gibt, und dann auch nur zu 50 %. Es ist also absehbar, dass der Vertretungsfonds im nächsten Jahr nicht ausreichen wird, um ausgefallene Unterrichtsstunden zu kompensieren.

(Heike Franzen)

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen daher vor, den Kreisen Mittel bereitzustellen, mit denen es in Zusammenarbeit mit den Schulämtern möglich wird, **längerfristige Verträge mit Lehrkräften** abzuschließen, die dann für den Vertretungsunterricht zur Verfügung stehen und nicht erst angeworben werden müssen, wenn eine Lehrkraft erkrankt. Wenn die neuen Daten zum Unterrichtsausfall vorliegen, müssen diese ausgewertet werden. Auf dieser Datenbasis ist dann ein entsprechendes Konzept, das auch die unterschiedlichen Bedarfe in den einzelnen Fächern berücksichtigen sollte, zu erarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam ein ganz konkretes Problem an unseren Schulen angehen. Wir werden es sicherlich nicht schaffen, Unterrichtsausfall zu 100 % zu vermeiden. Krankheiten sind nun einmal nicht planbar. Wir können aber Maßnahmen ergreifen, um den Unterrichtsausfall nicht totzuschweigen, sondern zu seiner Vermeidung beizutragen. Herr Vogel, wir nehmen das Angebot gern an, im Ausschuss weiter darüber zu beraten, um die Modifizierung von ODIS gemeinsam auf den Weg zu bringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SSW und Eka von Kalben  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst ein Wort an Frau Klahn. Ich freue mich darüber, dass am 2. November, als wir in Hochdoon und Schafstedt waren, auch FDP-Abgeordnete waren. Das nehme ich zu Kenntnis. Vielen Dank für das Update; denn das war mir vorher nicht bekannt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso denn?)

- Ich sage nur, wir waren am 2. November da. Das war damals mein Wissensstand. Deswegen entschuldige ich mich dafür, dass ich das Update noch nicht hatte. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass Sie das hier noch einmal gesagt haben. Das meine ich an der Stelle jetzt ernst.

(Lachen FDP)

Ich möchte mit einem Geständnis beginnen. Das Geständnis ist, dass ich ein Faible für Kennzahlen habe.

(Zuruf)

- Ja, das stimmt natürlich. Das hätte man so interpretieren können, war aber nicht so gemeint.

Lassen Sie mich also mit dem Geständnis beginnen, dass ich ein Faible für Kennzahlen und Excel-Tabellen habe. Mein Faible für Kennzahlen geht aber nur so weit, als dass diese **Kennzahlen** auch wirklich tragfähig und belastbar sein müssen. Außerdem müssen sie die **Realität** abbilden. Wir wissen, dass das der Bericht zur Unterrichtsversorgung eben nur sehr begrenzt tut. Wenn man sich die Zahlen anschaut - gerade war ja bemängelt worden, dass wir darauf nicht zu sehr eingegangen seien -, dann kann ich Folgendes sagen: Zur Grundschule, in den Klassen 1 und 2, sagt uns dieser Bericht: 0,03 % Unterrichtsausfall. Wenn ich das auf die Studentafel umrechne, dann komme ich auf vier Minuten Unterrichtsausfall pro Woche und Klasse. Wenn ich mir die 3,07 % Ausfall bei den Gymnasien anschau, denn würde das für eine G-8-Klasse 7 ungefähr 33 Minuten Ausfall pro Woche bedeuten.

Wenn man diese Zahlen, 4 Minuten und 33 Minuten Ausfall pro Woche, gegenüber den Eltern, den Lehrern und den Schülern äußert, dann gucken sie ziemlich kariert. Warum gucken die ziemlich kariert? Sie gucken deswegen ziemlich kariert, weil das mit der Realität gar nichts zu tun hat.

Worauf beziehen sich nun diese Kennzahlen von ODIS? Viele Beispiele - das hat Kai Vogel auch gerade in Bezug genommen - beziehen sich zum Beispiel auf die Frage, was als **Unterrichtsausfall** überhaupt anerkannt wird. Ein Vater, der es wissen muss, hat mir gestern am Telefon gesagt, dass im Vertretungsplan seines Sohnes sehr häufig in der Woche steht „Vertretung ohne Lehrkraft“. Auf eine solche Idee muss man erst einmal kommen. Zumindest zeigt das, dass unsere Schulen, wahrscheinlich aus der Not heraus, auch kreativ sein müssen. Das heißt vor allem aber auch: In der Klasse steht überhaupt keine Lehrkraft zur Verfügung. Die ist nämlich im Nebenraum, und wenn man Glück hat, stellt sie den Schülerinnen und Schülern mal eine Aufgabe. Genau das aber wurde bisher nicht als Ausfall gewertet. Frau Franzen, da sind wir dicht beieinander. Wir müssen wissen: Welches ist der reguläre Unterricht? Welches sind die organisatorischen Punkte?

(Die Rednerin wendet sich dem ins Gespräch vertieftem Präsidium zu)

(Anke Erdmann)

- Störe ich hier vorne oder so?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Nein, nein.

(Heiterkeit)

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das wollte ich nur gerne mal wissen. Ich kann mich auch gerne zu Ihnen umdrehen, wenn Sie möchten.

Das also sind genau die Punkte, bei denen wir prüfen müssen, wo Vakanzen bestehen. Zumindest merken wir, dass es regional zum Teil große Unterschiede gibt.

Frau Franzen, ich bin auch der Meinung, dass die Verdoppelung der Vertretungsfondsstunden, die Sie gewählt haben, nicht unbedingt glücklich machend ist, weil es regional zu sehr stark schwankenden Nutzungen kommt. In Kiel sind die Schulen eher froh, weil sie aufgrund der Uni-Nähe relativ schnell Vertretungskräfte bekommen können. In Segeberg aber sieht das schon ganz anders aus. Die Inanspruchnahme der **Vertretungsfonds** - darauf habe ich schon in der vergangenen Sitzung hingewiesen - ist nicht gestiegen, als Sie die Regel verändert haben, dass zum Beispiel ab der ersten Stunde vertreten werden kann, sondern der Vertretungsfonds ist stärker in Anspruch genommen worden, als Sie strukturell Stellen aus den Stellenplänen gestrichen haben. Auch das gehört zur Wahrheit.

Ich freue mich, dass wir uns im Ausschuss über diese Frage intensiver auseinandersetzen wollen. Ich froh darüber, dass das Ministerium selber im Bericht dazu Stellung nimmt. Das ist neu; das war in den letzten zehn Jahren - ich muss es gar nicht parteipolitisch festmachen -, auch in den sieben Jahren Ihrer Regierungszeit, nicht unbedingt der Fall. Das war auch unter Rot-Grün so. In dieser Zeit stand eben nicht drin, dass diese Daten mit Vorsicht zu genießen seien. Wenn wir uns nur auf die Zahlen zu dem Unterrichtsausfallbericht beziehen, dann sagen diese einfach zu wenig aus, weil sie nicht genügend belastbar sind. Wir wollen also einen Bericht, der den Schulen nicht das Gefühl vermittelt, das sei eine kollektive Wahrnehmungsstörung, weil sie überarbeitet seien.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Erdmann, das, was Sie gerade zum Schluss ausgeführt haben, veranlasst mich zu der Nachfrage: Habe ich es richtig wahrgenommen, dass Sie den **Bericht zur Unterrichtsversorgung** eigentlich als überflüssig ansehen, weil er nicht wirklich **belastbare Zahlen** enthält? Zumindest habe ich diesen Eindruck gerade bekommen. Vielleicht können wir das anschließend klären.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] begibt sich zu einem Saalmikrofon)

- Aber wenn wir ein dialogbereites Parlament sind, dann bekomme ich schon jetzt eine Antwort.

**Präsident Klaus Schlie:**

Wenn Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Erdmann zulassen wollen, dann geht das so.

**Anita Klahn [FDP]:**

Gerne.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Dann mache ich gerne eine Zwischenbemerkung. Ganz genau, Sie haben das richtig verstanden. Ich glaube tatsächlich, dass dieser Bericht - das habe ich auch in den letzten Jahren immer gesagt - nur sehr begrenzt aussagefähig ist. Deswegen handeln wir so schnell, wie dies nur möglich ist, und sagen: Wir wollen einen anderen Bericht in einer anderen Fassung; denn wir sind mit dem jetzigen Bericht nicht zufrieden.

**Anita Klahn [FDP]:**

Okay. Das war zum Verständnis für mich sehr wichtig.

Dann würde ich jetzt gerne auf das Thema zu sprechen kommen, um das es gerade geht, nämlich zu dem Thema **Unterrichtsausfall**.

Wir wollen nicht sehr lange darum herumreden. Aus unserer Sicht taugt ODIS nichts. Es hat auch nie richtig gewirkt. Es hat auch als Instrument schlicht und einfach versagt, weil es den Unterrichtsausfall einfach nicht adäquat abzubilden kann. Das kritisiert die FDP schon lange, und das hat

(Anita Klahn)

auch Dr. Klug immer getan - sowohl in Oppositions- als auch in Regierungszeiten. Er hat immer deutlich darauf hingewiesen, dass diese Zahlen nur mit Vorsicht zu genießen seien. Auch die amtierende Regierung verweist im gerade diskutierten Bericht auf die methodischen Schwächen von ODIS. Und auch das ist vorsichtig ausgedrückt.

Die Lehrerverbände sind insoweit etwas deutlicher, denn als ODIS im Jahre 2003 eingeführt wurde, sagten diese, dass ODIS systematisch zur Verschleierung von Stundenausfall beigetragen habe. Ich möchte jetzt nicht weiter darüber diskutieren, ob das politischer Wille war. Aus unserer Sicht ist diese Kritik völlig gerechtfertigt. Wir brauchen endlich eine ehrliche **Analyse des Stundenausfalls**. In diesem Zusammenhang lasse ich keine Kritik gelten, dass die Vorgängerregierung nicht gehandelt hätte.

Minister Dr. Klug hat dieses Thema vorangetrieben: Stichwort „KoPers“. Das **Projekt „Kooperation Personalwesen“** dient der Neuausrichtung für das Personalmanagement in Hamburg und Schleswig-Holstein und kann auch Krankenstände erheben. Hier hat Minister Dr. Klug veranlasst, dass ein zusätzliches Tool entwickelt wird, das zur Abbildung des Unterrichtsausfalls verwendet werden kann. Aus unserer Sicht macht es gerade vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation keinen Sinn, noch ein zusätzliches Programm zu entwickeln, wenn KoPers quasi vor der Tür steht.

Meine Damen und Herren, eine Sache möchte ich noch ganz klar anmerken. Wenn die Bildungsministerin Professor Dr. Wende der Ansicht ist, es gebe ein besseres Instrumentarium, um das Problem des Stundenausfalls zu erheben und abzubilden, dann sind wir die Letzten, die dagegen wären. Es gilt aber auch für uns: Je früher es realisiert werden kann, umso besser ist es. Ich bitte die Ministerin, im Gegensatz zum Antrag der Koalition nicht nur ein Konzept, sondern ein richtiges Instrument zur Erfassung des Unterrichtsausfalls zu entwickeln, welches dann auch in der Praxis Anwendung finden kann.

In diesem Zusammenhang darf es übrigens nicht allein bei der Erhebung des Unterrichtsausfalls bleiben, sondern auch die **Bekämpfung des Unterrichtsausfalls** muss bedacht werden, wie es die Union sinnvollerweise fordert.

Bei der jetzt amtierenden Regierung habe ich insoweit allerdings noch nicht allzu viele Aktivitäten wahrgenommen, obwohl die Oppositionsparteien der letzten Legislaturperiode immer der Ansicht

waren und deutlich formuliert haben, dass dies eines der dringendsten Probleme sei.

Für die FDP ist klar, dass die von uns eingeführte Regelung, dass ab der ersten Stunde voll vertreten werden kann, Bestand haben muss. Aus der Erweiterung der Regelung für **Vertretungsmöglichkeiten** folgt logischerweise, dass auch der Vertretungsfonds aufgestockt werden muss.

Wenn ich mir dazu eine Rede des Kollegen Höppner aus der letzten Legislaturperiode ansehe, dann hat der diese Problematik auch erkannt und formuliert.

(Zuruf: Guter Mann!)

- Ja, ein guter Mann.

Daher ist für uns die von der Regierung geplante Halbierung des **Vertretungsfonds** absolut nicht nachzuvollziehen. Hier würde ich mir eine klare Aussage der Bildungsministerin wünschen, welches jetzt ihre Planungen für den Vertretungsfonds sind.

(Beifall CDU)

Im Übrigen waren die Ausführungen der Landesregierung auch zu diesem Thema alles andere als überzeugend. Da wurde argumentiert, dass man mit den eingesparten Geldern Lehrerstellen finanzieren könne. Ich möchte dazu zwei Zahlen in den Raum stellen. Es gibt 100 Gymnasien in Schleswig-Holstein. Großzügigerweise dürfen die von den geplanten Stellen 15 Stellen behalten. Rechnen Sie also bitte einmal nach, wie das funktionieren soll.

Ich fasse zusammen: Die Dänen-Ampel streicht den Vertretungsfonds aus politischen Gründen zusammen, um das Geld in Differenzierungsstunden der Gemeinschaftsschulen fließen zu lassen. Das nenne ich - Ihr Lieblingswort, Frau Erdmann, in der letzten Legislaturperiode - Retropolitik in der Bildungspolitik.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegen uns zwei Anträge zur Erhebung und Bekämpfung des Unterrichtsausfalls vor. Das ist gut, richtig und überfällig.

(Beifall PIRATEN)

(Sven Krumbeck)

Noch im letzten Jahr ihrer Regierungszeit haben CDU und FDP gemeinsam mit der SPD ein sehr ähnliches Anliegen der Fraktion DIE LINKE im Bildungsausschuss sang- und klanglos beerdigt. Über die Gründe von damals kann ich heute nur spekulieren. Allerdings gab es vor einem Jahr schon zwei Ausnahmen von der Ablehnung. Denn die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW haben sich damals enthalten.

Vielleicht haben sie das Problem mindestens im Ansatz zwar später erkannt als die Antragsteller, aber früher als die anderen. Vielleicht sprachen aber auch andere als die sachlichen Gründe für die Ablehnung durch die Mehrheit. Ich weiß es nicht.

Heute jedenfalls sind sich alle im Kern einig. Die Mehrheitsfraktionen fordern die verbesserte **Erfassung des Unterrichtsausfalls**, mehr Transparenz und Effizienz. Die CDU möchte eine Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall in ein Gesamtkonzept gießen. Ich möchte mir eigentlich nicht vorstellen, dass es uns nicht gelingen kann, hier einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Beide zielen im Kern auf die Forderungen meines Kollegen Wolfgang Dudda ab, der bereits im August an dieser Stelle die Ministerin gebeten hat, ODIS, die Online-Datenbank, das Informationssystem Schule, entsprechend den drängenden Fragen neu auszurichten. Denn nur wenn wir die wesentlichen Daten zur Analyse des Unterrichtsausfalls erheben, kann dem Unterrichtsausfall entgegenge wirkt werden.

Ich hatte zu diesem Thema eine kleine Anfrage gestellt, die auch umfänglich beantwortet wurde. Demnach wird die Ministerin ein Konzept vorstellen und aufzeigen, wie ODIS verbessert werden kann. Sie rechnet mit der Vorstellung des neuen Konzeptes im Laufe des nächsten Jahres. Das ist auch gut so.

Mit den Anforderungen, die in Antragsform von den Fraktionen kommen, können wir aus dem Parlament heraus helfen, die Anforderungen an ODIS zu konkretisieren. Dabei ist der Antrag der CDU natürlich in der Zielrichtung sehr präzise. Das finde ich gut. Denn wir wollen die Daten nicht nur sammeln, damit wir sie schlicht und einfach haben. Wir wollen damit arbeiten und etwas daraus machen. Wir wollen schnelleren Ersatz finden und sicherstellen, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt.

Alle scheinen sich einig, dass ODIS neu ausgerichtet werden muss. Alle finden es richtig, dass wir an

dieser Stelle mehr **Effizienz und Transparenz** brauchen. Darum würde ich es zusätzlich richtig finden, hier einen gemeinsamen Antrag aus den vorliegenden Texten zusammenzufügen, um das zu erreichen, was alle wollen:

(Beifall PIRATEN)

eine umfängliche, detaillierte und differenzierte Darstellung vonseiten der Regierung.

Gut wäre auch, wenn wir dabei herausfinden könnten, welche Krankheitsfälle aus welchen Gründen auftreten, damit wir mit einem modernen **Gesundheitsmanagement** im **Schulalltag** kontern können. Vielleicht können wir das gemeinsam im Ausschuss erarbeiten. Diese Zeit sollten wir uns nehmen, damit den Schulen geholfen werden kann, genau dort, wo es nötig ist.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir gemeinsam anpacken. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir im Bundesvergleich endlich einmal überdurchschnittlich gute Schule machen. - Danke.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für den SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch in der vorangegangenen Debatte ist das Problem **Unterrichtsausfall** ein wichtiges Thema gewesen. Das ist auch gut so. Aus Sicht der regierungstragenden Fraktionen und des Ministeriums muss uns dieses Problem dringend beschäftigen. Denn auch wenn sich der Gesamtwert des Unterrichtsausfalls hier in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr verringert hat, ist er dennoch immer noch zu hoch. Wir alle wissen, dass das Online-Datenbankinformationssystem für Schulen, ODIS, dieses Problem ganz offensichtlich nicht für uns löst.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist völlig unstrittig, dass wir hier reagieren und in einem ersten Schritt zu einer deutlich präziseren **Erfassung** des Unterrichtsausfalls kommen müssen. Deshalb bitten wir die Landesregierung in

(Jette Waldinger-Thiering)

unserem Antrag auch darum, ein neues Konzept zur Erfassung des Ausfalls zu entwickeln. Dem Haushaltsentwurf kann man entnehmen, dass hier entsprechende Mittel eingestellt wurden. Wir wollen ein für Schulen und Schulaufsicht effizientes System schaffen. Besonders wichtig ist, dass sich vor allem die Schulen darin wiederfinden können. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zeigen deutlich, dass wir erst einmal eine verlässliche Datengrundlage brauchen, um den Unterrichtsausfall endlich mit wirkungsvollen politischen Maßnahmen zu begegnen.

Man könnte vermuten, dass wir uns in Sachen ODIS mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU einig sind. Denn auch Sie fordern eine Veränderung des bestehenden Systems. Doch leider setzen Sie parallel hierzu auf das sehr zweifelhafte Instrument **Vertretungsfonds**. Dazu sage ich aber ganz deutlich: So verbessern wir gerade nicht die Unterrichtssituation, sondern allerhöchstens die Statistik. Die Situation an den Schulen selbst wird hierdurch tendenziell sogar noch verschlechtert. Fakt ist: Die Nutzung dieses Fonds ist schwierig zu bewerkstelligen. Er fängt eben nicht kurzfristige Probleme auf, sondern hilft nur, wenn Lehrkräfte längerfristig nicht da sind.

(Heike Franzen [CDU]: Habe ich Ihnen doch konzidiert!)

Man kann also festhalten, dass diese Idee nicht besser wird, nur weil man sie ständig wiederholt. Unter dem Strich ist doch völlig klar: Nur weitere Lehrerinnen und Lehrer können wirklich etwas gegen den Unterrichtsausfall ausrichten.

(Beifall SSW)

Der Vertretungsfonds ist nur ein allerletztes Hilfsmittel, wenn nichts mehr geht, und nicht die Standardlösung für den Unterrichtsausfall. Wenn es nach CDU und FDP geht, muss jetzt in Sachen Schulpolitik alles ganz schnell gehen. Damit stellt sich für mich allerdings schon die Frage, warum unsere Vorgänger in den letzten Jahren kaum gehandelt haben. Die Probleme in diesem Bereich sind nicht neu. Für mich lässt das nur den einen Schluss zu: Wenn Schwarz-Gelb das Thema nicht konsequent ausgesessen und kleingeredet hätte, wären wir hier schon wesentlich weiter. Aber sei es drum. Wir sind bereit, dieses verschleppte Problem anzupacken.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es in dieser wichtigen Angelegenheit dringend notwendig ist, eine **verlässliche Datenbasis** für politische Entscheidungen zu haben. Anstatt in blinden Aktio-

nismus zu verfallen, müssen wir uns hier schon noch etwas Zeit nehmen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die sinkenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren dürfen nicht dazu führen, dass die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer auf ein Minimum reduziert wird. Neben der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls steht für uns die **Qualität des Schulunterrichts** im Zentrum. Denn beide Punkte sind Voraussetzung dafür, dass Kinder, die heute zur Schule gehen, möglichst gute Chancen im Leben haben und in einigen Jahren zum Wohlstand unseres Landes beitragen können. Auch wenn uns bewusst ist, dass es kein einfacher Weg wird, halten wir an diesem Ziel fest. Wir wollen alles dafür tun, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft zu schaffen, ohne dabei den Konsolidierungspfad zu verlassen. Ich habe keine Zweifel daran, dass es uns gelingen wird.

Ich finde es gut, dass wir diese beiden Anträge im Ausschuss diskutieren, damit wirklich Qualität hineinkommt. Denn Lehrerinnen und Lehrer gehören an die Schule, um guten Unterricht zu erteilen, und nicht in den Vertretungsfonds, wo sie nur beliebig an den Schulen eingesetzt werden können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professorin Dr. Waltraud Wende.

**Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema **Unterrichtsausfall** korrespondiert mit dem vorausgegangenen Thema der **Unterrichtssituation** an unseren Schulen. Weil die Schließung kleiner Schulen auch eine Form von Unterrichtsausfall ist, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zu dem, was sich vor dem Landtag abgespielt hat, weil ich das absolut spannend finde. Wir hatten laufende Kameras, und wir können dann überprüfen, wie selektiv die Wahrnehmung einzelner Menschen hier in diesem Raum ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf wiederholen, was ich gesagt habe. Es waren verschiedene TOPs, die Sie alle angesprochen haben. Zum Beispiel hatte ich dem Ministerpräsi-

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

denen das Wort verboten. Der Ministerpräsident stand neben mir. Er hat erst geredet, dann habe ich in die Kamera gesagt: „Vielleicht spricht man als Erstes auch mal mit der Ministerin, die für dieses Thema zuständig ist.“ - Ich habe ihm nicht das Wort verboten.

Das Zweite. Sie haben behauptet, ich hätte den Schulen eine Bestandsgarantie suggeriert. - Das habe ich nicht. Was habe ich gesagt? Sie können es gerne überprüfen. Ich habe in die Kamera gesagt: „Wir werden eine Denkpause einlegen.“

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Wir werden die Zeit nutzen, um mit den kleinen Grundschulen zu sprechen. Ich werde selbst in der nächsten Woche an diese Schule gehen, um mit der Schule zu sprechen.

Ich habe gleichzeitig gesagt: Wir können nicht alle kleinen Grundschulen auf Dauer erhalten, sondern wir können **Grundschulen** nur dann erhalten, wenn das für uns nicht mit Mehrkosten verbunden ist. Das können Sie sich alles anhören und ansehen, denn es ist von der Kamera aufgenommen worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Darüber hinaus habe ich gesagt, ich kann mir vorstellen, dass es verschiedene Modelle gibt, verschiedene flexible Möglichkeiten, wie man kleine Grundschulen erhalten kann. Dies darf für die Landesregierung nicht mit Mehrkosten verbunden sein, weil diese Mehrkosten auf Kosten der anderen Schulen gingen, und das können wir uns nicht erlauben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

So viel zu dem, was ich draußen gesagt habe. Ihnen allen ist es unbenommen, sich das noch einmal anzuhören. Wir können jetzt gern diskutieren, was Sie erinnern und was ich erinnere. Gucken Sie es sich einfach noch einmal in der Kamera an! - Deswegen lasse ich jetzt auch keine Zwischenfrage zu.

(Anita Klahn [FDP]: Das habe ich mir gedacht!)

- Liebe Frau Klahn, lesen Sie ab und zu einmal Watzlawick - falls Sie davon schon einmal gehört haben -, dann erfahren Sie etwas über selektive Wahrnehmung.

(Zurufe)

Lassen Sie mich jetzt zum **Bericht zur Unterrichtssituation** kommen! Ich finde es interessant,

dass Sie uns vorwerfen, dass dieser Bericht noch nicht optimiert ist. Wir sind nicht in der Lage gewesen - vielleicht ist das unsere Schwäche, wir sind nicht schnell genug oder zu faul -, das Design dieses Berichts in wenigen Wochen zu überarbeiten. Diese Art der Berichterstattung - das haben Sie selbst gerade erzählt - hat eine Tradition in diesem Hause. Als ich in die Verantwortung dieses Ministeriums gekommen bin, konnte ich dieses Design so schnell gar nicht umstellen. Hätte ich es getan, wäre es angesichts der Geschwindigkeit wahrscheinlich genauso fehlerhaft gewesen, wie es jetzt ist. Bei uns geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Dem Bericht zur Unterrichtssituation können Sie auf Seite 17 entnehmen, dass sich der Unterrichtsausfall im vergangenen Schuljahr - das ist eben bereits zitiert worden - von 2,17 auf 2,09 % verringert hat, eine Verbesserung um 0,08 %. Die Zahlen machen uns keine Sorgen.

Andererseits ist zu fragen, wie aussagekräftig - das haben Sie alle in Ihren Reden getan - die Zahlen des Berichts sind. Schon auf den ersten Blick stimmen wir alle darin überein, dass das, was Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen und Eltern im Schulalltag wahrnehmen, etwas anderes ist als das, was im Bericht fixiert ist. Zwischen Statistik und Realität scheint eine große Lücke zu klaffen.

Der Unterrichtsausfall wird - das haben sie alles bereits erwähnt - mithilfe von ODIS, der Online-Datenbank, ermittelt. Auch da muss ich mich entschuldigen, dass ich es in vier Monaten noch nicht geschafft habe, diese Online-Datenbank zu überarbeiten. Deswegen finde ich es brilliant und genial, dass Sie unseren Dialog dieses Mal anders mit uns leben und gemeinsam mit uns diese Datenbank überarbeiten wollen. Da hoffe ich vor allen Dingen auf die PIRATEN, die da möglicherweise besondere Expertise einbringen werden.

(Zuruf: Virtuell! - Weitere Zurufe)

- Ich bin da manchmal nicht ganz so kritisch. Ich hoffe, dass Sie uns bei der technischen Frage helfen. Mir zumindest sind Sie da überlegen.

(Zurufe)

Was ist der Hintergrund, wie Unterrichtsausfall an unseren Schulen momentan ermittelt wird? Schulen müssen eingeben, wie viel Unterricht von regulären Lehrkräften abgedeckt wird. Sie müssen darüber hinaus eingeben, wie viel Stunden von externen

**(Ministerin Dr. Waltraud Wende)**

Vertretungskräften übernommen werden. Sie müssen eingeben, in welchem Umfang Unterrichtsausfall durch bezahlte Mehrarbeit der angestellten Lehrkräfte eingebracht wird. Sie müssen - das hat Frau Erdmann schon erwähnt - unter anderem eingeben, wie viel Unterrichtsausfall durch organisatorische Maßnahmen aufgefangen wird, indem zum Beispiel ein Lehrer parallel - man höre gut zu! - zwei Klassen beaufsichtigt.

All diese Dinge zählen momentan zum regulären Unterricht und werden nicht als Unterrichtsausfall gerechnet. Das hätte man unter den Vorgängerregierungen längst einmal zum Thema machen und umstellen können; man hat es nicht getan.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir haben dieses Thema aufgenommen und werden gemeinsam mit den Fraktionen und dem Bildungsausschuss diskutieren, wie man das optimieren kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das heißt, die im Bericht zur Unterrichtssituation festgestellten 2,09 % Unterrichtsausfall beziehen sich ausschließlich auf Unterrichtsstunden, die zwar im Stundenplan vorgegeben waren, die aber ersatzlos gestrichen wurden. Unterricht - ich finde es wichtig, das hier zu betonen -, der aufgrund nicht vorhandener Planstellen erst gar nicht im Stundenplan vorgesehen war, wird durch ODIS nicht erfasst,

(Beifall PIRATEN)

wodurch sich die wahrgenommene Differenz zwischen **Schulalltag** und **statischer Erfassung von Unterrichtsausfall** zumindest teilweise erklärt.

Hinzu kommt: Seit der Einführung von ODIS klagen viele Schulen über zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit dem Effekt, dass ODIS nicht nur nicht geliebt, sondern häufig auch gar nicht gepflegt wird. Die Schulen kritisieren das System, von dessen Nutzen sie berechtigterweise nicht überzeugt sind. Auch auf der Bildungskonferenz lautete eine Antwort auf die Frage, wie Lehrkräfte entlastet werden könnten: ODIS abschaffen.

(Beifall PIRATEN)

Andererseits gilt: Die Öffentlichkeit, das Parlament und die Regierung haben einen berechtigten Anspruch, informiert zu werden, wie viel Unterricht an unseren Schulen tatsächlich erteilt wird und wie viel Unterricht zum Beispiel durch Krankheit ausfällt. Allerdings darf die Art und Weise, in der dies

ermittelt wird, keinen unzumutbaren Verwaltungsaufwand verursachen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Lehrer und Lehrerinnen haben Sinnvolleres zu tun, als Statistiken zu pflegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir benötigen deshalb ein Verfahren, das mit den schulischen IT-Strukturen kompatibel ist, und ein Verfahren, das den Schulen einen Mehrwert für ihre eigenen Strategien gegen Unterrichtsausfall liefert. Ein solches Verfahren wollen wir gemeinsam mit Ihnen allen und mit den Schulen entwickeln, wobei ich freilich bereits jetzt darauf hinweise, dass sich die unterschiedlichen IT-Strukturen der Schulen möglicherweise als ein Problem erweisen werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wohl wahr!)

Fest steht: Verlässliche Daten bekommen wir nur, wenn alle Beteiligten hinter dem Verfahren stehen, vor allen Dingen die Lehrer und Lehrerinnen, wenn sie einen Mehrwert an Informationen erhalten.

Zum Abschluss meiner Einführung sage ich es gern noch einmal: Die rot-grün-blaue Koalition setzt auf personelle Verstärkung der Schulen durch Planstellen und nicht auf zeitlich befristete Unterrichtsvertretungen. Deshalb werden wir von den 600 Stellen, die Sie abgebaut haben, 300 Stellen bereits im nächsten Jahr zurückgeben.

Darüber hinaus - Sie haben sich ja informiert, wie weit der Vertretungsfonds momentan ausgeschöpft ist - werden wir den Vertretungsfonds mit 12 Millionen € aufrechterhalten. Wir gehen davon aus, dass wir, wenn wir nicht so viele Stellen abbauen, wie Sie geplant hatten, einen nicht so großen Vertretungsfonds brauchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir möchten **feste Planstellen** installieren. Die Vorgängerregierung hat vorzugsweise fertig werdende Referendare auf zeitlich befristete Stellen an den Schulen eingesetzt. Das werden wir angehen. Wir werden die Zahl der festen Planstellen erhöhen. Wir wollen nicht - wie Sie das getan haben - Einstellungsbedingungen schaffen, die dazu führen, dass die bei uns mit unserem Steuergeld ausgebildeten Lehrer und Lehrerinnen, nachdem sie fertig sind, unser Bundesland verlassen, um Stellen in Hamburg oder Niedersachsen anzunehmen.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Wende hat die Redezeit der Landesregierung um 6 Minuten 30 Sekunden überzogen. Theoretisch stünde diese Redezeit jetzt allen Fraktionen zur Verfügung.

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich Frau Abgeordneter Heike Franzen das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Am besten nur den einen Satz von Referendaren unter Frau Erd-siek-Rave!)

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie reden immer so gern von selektiver Wahrnehmung in diesem Hause und davon, dass wir darauf gepocht hätten, dass der ODIS vorgelegt wird. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie in Ihrer Pressekonferenz zum Vertretungsfonds und zu den 180 Planstellen deutlich gemacht haben, dass Sie in diesem Jahr noch ein **Konzept** zur Vermeidung von **Unterrichtsausfall** vorlegen wollen. Wir haben jetzt November, entschuldigen Sie bitte, wenn wir da nachfragen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Wir haben nur noch eine Tagung. Wir haben Sie beim Wort genommen. Wir glauben Ihnen ja meistens, was Sie uns hier erzählen.

(Anita Klahn [FDP]: Wir versuchen es!)

Dann ist es an der Stelle doch selbstverständlich, dass wir nachfragen. Frau Ministerin, Sie haben nichts vorgelegt. Das war genau das, was wahrscheinlich auch die Regierungsfaktionen aufgegriffen haben, um Sie an der Stelle aufzufordern, sich mit ODIS zu beschäftigen, weil offensichtlich auch in den regierungstragenden Fraktionen die Sorge vorherrscht, dass das, was wir bisher von Ihnen erlebt haben, dass Sie nämlich nichts vorlegen, so weitergeht.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben keine Sorge!)

Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Habersaat das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Franzen, wenn am Ende der schwerwiegendste Vorwurf, den Sie unserer Ministerin machen können, ist, dass anstelle eines Konzepts gegen den Unterrichtsausfall im Jahr 2012 dieses Konzept im März 2013 vorgelegt wird - wenn es so wäre -, dann könnte ich sehr gut damit leben und glaube, dass wir trotzdem die konstruktiven Ausschussberatungen nicht daran scheitern lassen, dass möglicherweise erst einen Monat später ein Konzept vorliegt,

(Heike Franzen [CDU]: Durchaus dialogfähig!)

wobei das Jahr tatsächlich nicht im November endet, sondern noch einige Tage vor uns liegen. - Vielen Dank.

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist für die Anträge Drucksachen 18/278 und 18/305 Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, die Drucksachen dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 33 und 34 auf:

### **Gemeinsame Beratung**

#### **a) Kosten der EHEC-Krise übernehmen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/287

#### **b) Saisonale Impfstoffe - Grippe-impfung**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/295 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein von der CDU-Fraktion.

**(Präsident Klaus Schlie)**

(Zurufe)

- Nein? - Hat er doch nicht.

(Heiterkeit)

Dann hat das Wort der Herr Abgeordnete Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion.

(Zurufe)

- Gut.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das geht hier nach Schönheit!)

Wir sind hier flexibel. Deswegen hat jetzt Herr Abgeordneter Karsten Jasper von der CDU-Fraktion das Wort.

**Karsten Jasper [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank. Ich bin heute Morgen auf einer Veranstaltung fast mit Frau Ursula Sassen verwechselt worden,

(Heiterkeit)

deswegen macht es auch nichts, dass Sie dem Kollegen Axel Bernstein zutrauen, dass er hier eine Rede zum Thema EHEC halten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2011 halten. Ich denke, das ist jedem noch ein bisschen vor Augen: die **EHEC-Krise**, die wir in diesem Jahr zwischen Mai und Juni hatten. Bundesweit gab es 3.000 EHEC-Fälle und 855 HUS-Fälle. Die Situation beim UKSH und bei den **Schwerpunktkrankenhäusern** sah so aus, dass wir in Schleswig-Holstein 825 EHEC-Fälle und 134 HUS-Fälle hatten. Das war eine enorme **Belastung** für die Krankenhäuser. Die **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeiter** der Krankenhäuser, Ärzte, Schwestern und Pflegepersonal, haben bis zur Erschöpfung ihren Einsatz geleistet. Das Personal hat Sonderschichten geschoben, zusätzliche Ärzte wurden engagiert, Urlaubssperren wurden ausgesprochen, Privatstationen wurden in Isolierstationen umgewandelt, und es gab einen verstärkten Einsatz von Blutreinigungsmaschinen. Ich denke, auch nach dieser langen Zeit sollte man hier den Menschen, dem Personal der Kliniken, ein herzliches Dankeschön für ihren Einsatz aussprechen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Durch diese Maßnahmen wurden nicht nur die Kliniken personell belastet, sondern selbstverständlich auch **finanziell**. Es kann nicht sein, dass wir die Kliniken mit den Verlusten hängenlassen. Ich bin Frau Dr. Bohn dankbar, dass sie in einer Pressemitteilung vom 22. Juni 2011 bereits damals gefordert hat, dass die Krankenhäuser nicht auf diesen Kosten sitzen bleiben sollen.

Im Juni 2012 - nach Abrechnung mit den Krankenkassen - haben das UKSH und andere Kliniken weiterhin ein Defizit gehabt, das nicht durch die Fallpauschalen ausgeglichen wurde. Ich sage es noch einmal: Darauf können wir diese Kliniken nicht sitzen lassen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, das Beispiel EHEC zeigt, dass wir **Regelungsbedarf** haben. Wir dürfen die Krankenhäuser nicht dafür bestrafen, dass es keine bundesweite Regelung gibt, und wir müssen Möglichkeiten haben, auf diese **Ausnahmesituation** zu reagieren, damit sich die Mitarbeiter der Krankenhäuser auch weiterhin engagiert einsetzen - zum Wohl der Patienten. Wir brauchen den Einsatz der Frau Ministerin Alheit auf Bundesebene - so wie es Heiner Garg als Sozialminister gemacht hat -, damit wir für solche Krisen eine Lösung finden.

Ich komme jetzt zum gemeinsamen Antrag zu dem - so will ich es nennen - Desaster mit den **Gripp-eimpfstoffen**. Wir fordern eine **Evaluierung** der Ausschreibung. Ich denke, das ist höchst notwendig, auch vor dem Hintergrund, dass es sich nach dem AMNOG um eine Kannbestimmung handelt. Aber ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage: Wir können bereits im ersten Jahr feststellen, dass es nicht geklappt hat. Das ist so.

(Beifall Peter Lehnert [CDU], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen die grundsätzliche Frage klären, ob wirtschaftliche Gründe vor medizinischen Gründen und vor Versorgungszuverlässigkeit stehen. Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass es gut ist, dass die Krankenkassen auch auf die Kosten unseres Gesundheitssystems gucken, aber nicht um jeden Preis. Es kann nicht sein, dass **Kostensparnis** vor **Patientenwohl** steht.

Das Fazit für mich ist: Schauen wir, was bei der Evaluierung herauskommt. Woran hat es gehapert? Was kann man anders machen zum Wohl der Pati-

(Karsten Jasper)

enten und der Ärzte? Es gibt durchaus Verfahren, die besser geeignet sind als das jetzige.

Ich möchte zum Schluss noch etwas erwähnen, was ich schon im Sozialausschuss als Affront bezeichnet habe, dass nämlich die **Firma Novartis** es nicht für nötig gehalten hat, dort zu erscheinen. Ich denke, dass das ein Affront ist. Novartis hätte viel zur Vertrauensbildung und zur Aufklärung beitragen können.

Ich bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen Drucksachen 18/287 und 18/295 (neu). - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Begrüßen Sie mit mir gemeinsam Gäste der Abgeordneten Simone Lange und Gäste des SSW auf der Tribüne. - Seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Bernd Heinemann.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Also, Frau Jasper und Herr Pauls können nachher gemeinsam einen Kaffee trinken. - Das zu den Namensverwechslungen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Infektionen- und Schutzimpfungen sind ein bewegendes Thema, besonders wenn wir an die Auswirkungen der **EHEC-Epidemie** denken, an die Menschen, die in Schleswig-Holstein schweren Schaden erlitten oder gar ihr Leben verloren haben. Wir müssen in Schleswig-Holstein offiziell elf Tote und weitere Menschen, die an den Spätfolgen letztlich sterben oder gestorben sind, beklagen.

Wir Sozialdemokraten sind dankbar für die großartige **Leistung der Helfenden**, die professionell mit großer Kraftanstrengung Tag und Nacht alles getan haben, um Hilfe zu leisten und die Epidemie in den Griff zu bekommen. Dies ist auch geglückt. Besonders unseren unermüdlichen Akteuren in den Versorgungskrankenhäusern und im Maximalversorger UKSH gilt unsere tiefempfundene Anerkennung. Wir sind alle stolz auf euch, ihr wart spitze. Danke dafür!

(Beifall)

Es ist wirklich gut zu wissen, dass wir ein Gesundheitssystem haben, das diese Herausforderungen

auch strukturell meistern kann. Die Krankenkassen haben hierzu unbürokratisch ihren Beitrag geleistet, und die Versorgungskrankenhäuser und -kassen haben sich geeinigt. Sie haben in einer Zusatzvereinbarung im Juni 2012 die **pauschale EHEC-Vergütung** verabredet. So ist es auch umgesetzt worden.

Wenn nun das UKSH als unser eigener Maximalversorger noch offene Rechnungen hat, so seien Sie sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lieber Herr Jasper: Wir kommen für unser Krankenhaus auf. Das müssen wir ohnehin.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ihr Antrag ist überflüssig und im Wortsinn nicht nur unbegründet, sondern möglicherweise sogar rechtswidrig - muss ich leider sagen. Wir dürfen **vertraglich erbrachte Behandlungskosten nicht subventionieren**.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Sie wissen das, Herr Dr. Garg. Die Ursache ist und bleibt der **schlechte Basisfallwert**.

Wenn Sie irgendeine Ungereimtheit in unserem System der stationären Krankenversorgung sehen, dann nennen Sie Ross und Reiter oder kümmern Sie sich um das EU-Wettbewerbsrecht. Richtig ist, dass wir für Epidemien in enger Abstimmung mit dem Bundesgesundheitsminister und dem Paul-Ehrlich-Institut Aufsichts- und Strukturverantwortung tragen. Deshalb haben wir von der Koalition - gemeinsam mit CDU und PIRATEN - einen Antrag zur Verbesserung der Grippevorsorge gestellt.

Die hohe Verantwortungsbereitschaft der Kassen hier in Schleswig-Holstein und ihre Bereitschaft, sich zukünftig noch besser mit den Apotheken und der Ärzteschaft abzustimmen, freut uns Sozialdemokraten sehr. Umso enttäuschter sind wir, dass der Problemverursacher, die **Firma Novartis**, sich im Fachausschuss der Diskussion nicht einmal gestellt hat, obwohl sie es vorher zugesagt hatte. Es darf nicht sein, dass das Gesetz Krankenkassen zwingt auszuschreiben und das wiederum dazu führt, dass in zu geringen Mengen, zu spät und dann auch noch verunreinigte Impfdosen nach Schleswig-Holstein geliefert werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Verunreinigt waren die gerade nicht!)

Das verunsichert die Bevölkerung und gefährdet einen guten und umfassenden Schutz der Bevölkerung vor Epidemien insgesamt. Besonders Angehörige von Risikogruppen sind dringend auf einen guten Impfschutz angewiesen.

(Bernd Heinemann)

Unser Antrag soll dazu beitragen, die gute Idee der **Kostendämpfung**, die der Bundesgesundheitsminister mit der Vorlage des Arzneimittelneuordnungsgesetzes, **AMNOG**, auf den Weg gebracht hat, zu einem guten und nutzbringenden Ende zu führen. Wir Koalitionsfraktionen wollen auf Bundesebene eine Überprüfung und Evaluierung der aktuellen Praxis zur Beschaffung von saisonalen Impfstoffen anregen. PIRATEN und CDU begleiten uns dabei.

Klar ist: Ein Fall wie in diesem Jahr darf sich nicht wiederholen. Es ist weiterhin nicht nachvollziehbar, dass bei ähnlichem Risikoergebnis in einer ähnlichen Volkswirtschaft eine **Grippeimpfdosis** in Frankreich 3 € und in Deutschland bis zum Inkrafttreten des AMNOG, das nun Ausschreibungen ausdrücklich unterstützt, über 20 € kostete. Zum Teil wurde angeblich sogar vom gleichen Hersteller geliefert.

Das ist unverschämt, und das müssen wir uns als Landesregierung oder auch als Parlament nicht gefallen lassen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Pharmahersteller sind und bleiben in der Verantwortung, ausreichenden und einwandfreien Impfstoff zu liefern, und die Gesundheitsversorgung muss weiterhin bezahlbar bleiben.

Die **Bundesregierung** ist und bleibt - besonders nach der Arzneimittelneuordnung - in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass aus den evaluierten Erfahrungen der neuen Beschaffungs- und Versorgungspraxis die richtigen Konsequenzen gezogen werden und wir auch in Zukunft sicher vor Epidemien geschützt werden können. Dies ist unser selbstverständlicher Anspruch.

Dem CDU-Antrag können wir aus den genannten Gründen leider nicht zustimmen, wir müssen ihn ablehnen. Es bleibt trotzdem noch die Möglichkeit, hier über einen Haushaltsantrag Mittel bereitzustellen. Aber einfach zu subventionieren, ist nicht zulässig. Das können wir nur ablehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende der Landtagssitzung kommen wir zum Thema **Grippe**, und am Ende einer Grippe kommt leider für einige der Tod. Mehr als 5.000 Menschen sterben jedes Jahr an der Grippe. Wir sollten das Thema Grippe deshalb nicht auf die leichte Schulter nehmen. Gegen Grippe können wir uns **impfen** lassen. Das ist insbesondere für Risikopatienten wichtig.

Die Versorgung mit Impfstoffen hat bisher immer funktioniert. Für dieses Jahr hat der Bundesgesundheitsminister ein neues Verfahren auf den Weg gebracht. Die Krankenkassen können **Rabattverträge** abschließen. Das haben sie dann auch getan. Die Folge ist: **Chaos** bei der **Impfversorgung** in **Schleswig-Holstein**. In den Arztpraxen sitzen die Patienten und warten auf ihre Impfung, und es ist kein Impfstoff da. Um es ganz deutlich zu sagen: Ein solches Chaos hat es seit Jahrzehnten bei der Versorgung mit einem Medikament nicht mehr gegeben. Und die Patienten in Schleswig-Holstein trifft es mit voller Wucht. Ärzte und Ärztinnen haben alle Hände voll zu tun, täglich zu erklären, warum sie nicht impfen können, obwohl sie impfen wollen. Und die Firma Novartis - da bin ich ganz bei Ihnen - hat es noch nicht einmal für nötig empfunden, im Sozialausschuss zu erscheinen.

Würden Sie mir sagen, dass das, was wir hier erleben, in einem Entwicklungsland passiert, dann würde ich sagen: Das muss dringend besser werden. Es ist aber ein Zustand, den wir direkt vor unserer Tür, in einem der am besten entwickelten Gesundheitssysteme Welt, haben. Das darf nie wieder passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Für uns Grüne steht fest: Erstens. Der Impfstoff muss rechtzeitig für alle Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen. Zweitens muss sich die Grippeimpfung in erster Linie an medizinischen Gesichtspunkten orientieren. Und drittens dürfen die Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein nicht schlechter gestellt werden als die in anderen Bundesländern.

Das sind unsere Forderungen, und deshalb bringen wir heute diese Initiative auf den Weg.

Als ersten Schritt wollen wir gemeinsam mit SPD und SSW - und ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen von CDU und PIRATEN auch mit dabei sind - eine genaue Überprüfung und **Eva-**

(Dr. Marret Bohn)

**luierung des neuen Verfahrens.** Eine wichtige Erkenntnis aus der Anhörung im Sozialausschuss zum Thema Grippe ist für mich: Rabattverträge sind nur eine der gesetzlichen Möglichkeiten. Die Kassenärztliche Vereinigung hält Rabattverträge bei saisonalen Grippeimpfungen für falsch. Sie hat hierfür sehr gute Gründe vorgebracht, die mir einleuchten. Dem sollten wir genauer nachgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend noch ein paar Anmerkungen zum Antrag der CDU zum Thema **EHEC**. Die EHEC-Erkrankungswelle im Sommer 2011 hat Schleswig-Holstein hart getroffen. Der Kollege Heinemann hat gerade eben ausführlich ausgeführt, mit wie großem Einsatz um jedes Menschenleben gekämpft worden ist. Das möchte ich hier jetzt nicht wiederholen. Dieses Problem haben wir Grüne damals zum Anlass genommen, direkt nach der EHEC-Erkrankungswelle eine parlamentarische Initiative in Richtung Bund und Krankenkassen auf den Weg zu bringen. CDU und FDP haben das damals abgelehnt. Jetzt fordert die CDU ebenfalls, dass die Kliniken die **Kosten** ausgeglichen bekommen sollen. Zahlen soll dieses Mal aber das Land.

Dass Sie im Nachhinein anerkennen, dass unsere grüne Initiative richtig war, das freut uns. Allerdings haben sich nach der Anhörung die **Krankenkassen** mit den **Krankenhäusern** verständigt. Nach meinem Kenntnisstand sind die **Verträge** schon längst unterschrieben. Außerdem - muss ich leider ganz offen sagen - schießt Ihr Antrag völlig quer zur Logik der Finanzierung im Gesundheitswesen. Wir müssen ihn daher ablehnen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Kommen wir zum aktuellen gesundheitspolitischen Thema der Grippe zurück: Ich wiederhole, was ich am Anfang meiner Rede gesagt habe. Bundesweit sterben 5.000 Menschen, wenn die Grippeimpfung funktioniert. Wir können alle froh und dankbar sein, wenn wir diese Saison ohne eine Grippepandemie überstehen werden. Ich wiederhole meine Forderung: Es darf nicht wieder vorkommen, dass die Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein schlechter gestellt werden als in anderen Bundesländern. Das ist das Ziel unseres Antrages. Die Zeit drängt. Da wir die Anhörung im Sozialausschuss schon gehabt haben, beantrage ich Abstimmung in der Sache zu unserem Antrag. Ihren Antrag müssen wir leider ablehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg zum Thema Impfstoffe: Wir Liberale könnten dem christlich-piratischen Dänen-Ampel-Antrag zustimmen. - Achtung: Konjunktiv! Die Forderung nach Evaluierung und Überprüfung von Gesetzen ist wohlfeil und gelebte Praxis. Der Antrag äußert eigentlich nur Selbstverständliches.

Für uns liegt das Problem aber eher in der Begründung versteckt. Einigen der Kollegen hier im Haus sind die **Rabattverträge** schon vom Grundsatz her ein Dorn im Auge. Ich vermute, dass hinter dem Antrag eher die Zielsetzung steckt, das Steuerungsinstrument Rabattverträge kippen zu wollen - was Sie eben auch schon ziemlich deutlich dargestellt haben.

Was Rabattverträge aber tatsächlich sind, vergessen Sie an dieser Stelle, nämlich ein wirkungsvolles Instrument, explodierende Medikamentenkosten einzudämmen.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Wenn Sie darstellen, dass Chaos in Schleswig-Holstein herrscht, vergessen Sie zu erwähnen, dass auch andere Bundesländer Rabattverträge geschlossen haben, und dort wurde geimpft.

Wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass die Gripeschutzimpfung in Schleswig-Holstein - gelinde gesagt - suboptimal gelaufen ist. Sie ist das, weil **Novartis** ein ganz erhebliches **Produktionsproblem** hatte. Ich sage an dieser Stelle deutlich: Das Problem liegt in der Produktionskette und ist nicht durch die Rabattverträge bedingt.

(Beifall FDP)

Im Sozialausschuss ist bereits darüber gesprochen worden. Wir haben dort einen Bericht erhalten. Wir hatten uns erhofft, dass wir von der Firma Novartis mehr als nur ein lapidares Schreiben bekommen, nämlich die ehrliche Antwort, dass ihnen zu einem sehr frühen Produktionszeitpunkt die Kette gerissen ist und sie zu diesem Moment hätten kommunizieren müssen,

(Beifall FDP)

(Anita Klahn)

dass sie de facto nicht werden liefern können. Das ist unterlassen worden. Wie heißt es so schön? Auch **Nichtkommunikation** ist eine Form von Kommunikation.

Meine Damen und Herren, wir Liberale kritisieren das Verhalten der Firma Novartis sowie die Vertragsgestaltung, die die Krankenkassen zu verantworten haben. Wir hätten uns hier mehr Vorsicht erwünscht und erhofft. Von den Krankenkassenvertretern ist uns zugesagt worden, dass sie aus diesem Fall gelernt haben.

Wollen Sie generell kritisieren, dass es die Möglichkeit gibt, **Rabattverträge** abzuschließen? Der Kollege Heinemann hat es im Ausschuss dargestellt: Dadurch sind die Kosten eines Gripeschutzimpfmittels von 20 € auf 10 € runtergegangen. Das heißt, wir können im Gesamtsystem wesentlich mehr zur Verfügung stellen, als wenn die Impfdosen mehr kosten würden. Was daran ist also schlecht?

Unser Fazit ist: Falls auch im kommenden Jahr vonseiten der Kassen auf Rabattverträge zurückgegriffen wird, müssen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, dass es eine Lösung im Sinne der Patienten gibt, wenn es zu Lieferengpässen kommen sollte.

Der Antrag ist aus den von mir vorgetragenen Gründen an einigen Stellen nicht stimmig. Wir werden uns enthalten - es sei denn, wir beraten ihn weiter im Ausschuss.

Zu dem Thema **EHEC-Krise!** Sie hat seinerzeit erhebliche personelle, räumliche und apparative Kapazitäten der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein in Anspruch genommen. Wir sind alle dankbar, dass uns die Krankenhäuser so tatkräftig unterstützt haben, an erster Stelle für die Menschen da waren, für sie gesorgt und nicht über wirtschaftliche Fragen nachgedacht haben. Wir wissen, dass es **erhebliche Kosten** gegeben hat. Wir haben uns im Sozialausschuss mehrfach damit befasst. Auch Herrn Dr. Gargs Rolle ist hier erwähnt worden.

Ich erinnere daran, dass die Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2011 an die **Krankenkassen** in allen Ländern appelliert hat, dass sie in dieser schwierigen Situation zu ihrer Verantwortung stehen und einheitlich lösungsorientiert mit den betroffenen Krankenhäusern verhandeln sollen. Dass einige Krankenkassen extrem lange verhandelt haben, finde ich - ehrlich gesagt - misslich und bedauerlich und nicht im Sinne der Sache.

Zusätzlich wurde auf der Gesundheitsministerkonferenz angeregt, eine Änderung des **Krankenhausentgeltgesetzes**, in Bezug auf außergewöhnliche, nicht vorhersehbare und behandlungsintensive Situationen zu prüfen, damit Krankenhäuser nicht zusätzlich finanziell belastet werden. Diese Maßnahme wurde damals von der Krankenhausgesellschaft in Schleswig-Holstein in der Anhörung zu dieser Thematik benannt.

Dem Antrag der Kollegin Bohn zur Einrichtung eines **Sonderfonds** haben wir damals nicht zugestimmt, weil sowohl die Kollegin Sassen als auch ich meinten, dass die richtigen Maßnahmen an den richtigen Stellen getroffen worden sind und wir auf eine faire Verhandlung der Partner der Selbstverwaltung vertrauen mussten.

Aufgrund entsprechender leider negativer Berichterstattung im Juni 2012 habe ich im Rahmen einer Kleinen Anfrage nachgefragt, wieso dem UKSH 4 Millionen € Kosten nicht erstattet würden. Die Antwort der neuen Landesregierung stellte klar, dass es nach § 11 des Krankenhausentgeltgesetzes möglich sei, die nicht gedeckten Kosten des Vorjahres, also hier konkret die der EHEC-Epidemie, im Rahmen der Budgetverhandlungen für das folgende Jahr geltend machen zu können. In diesem Zusammenhang wurde auch berichtet, dass das UKSH und die Umlandkliniken im Kreis Rendsburg-Eckernförde jeweils **Ausgleichszahlungen** vereinbart haben. An dieser Stelle sage ich: Dann müssen dies auch alle anderen Kliniken verhandeln. Das ist in einer Selbstverwaltung nun einmal so. Offensichtlich teilt diese Meinung auch die Landesregierung. Wir werden also Ihrem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat deren Vorsitzender, der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie anhand der Krankmeldungen von heute Morgen feststellen konnten, haben wir PIRATEN ein ganz persönliches Interesse daran, dass die **Verfügbarkeit** von **Grippeimpfmitteln** verbessert wird.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Patrick Breyer)

Wir haben gemeinsam den Antrag eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, die ausreichende Versorgung sicherzustellen. Soweit die Kollegin Klahn eben das Problem der Rabattverträge angesprochen hat - diese werden in der Begründung nur am Rande angesprochen und dort nicht generell abgelehnt. Deswegen sehe ich das in dem Antrag nicht als Problem und werde ihm auch zustimmen.

Bezüglich des Antrags der CDU-Fraktion zum Thema **EHEC** hat mich doch gewundert, dass Sie, die sonst finanziell sehr darauf achten, dass eine **Gegenfinanzierung** vorhanden ist, bei diesem Punkt keine Gegenfinanzierung angeboten haben.

(Beifall PIRATEN, SSW, Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem hatten die Kollegen schon dargestellt, dass es damit **systematische Probleme** in der **Gesundheitsfinanzierung** gäbe. Deswegen kann ich dem Antrag nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer neue Sparrunden werden auf dem Rücken von Patienten und Beitragszahlern im Gesundheitswesen durchgeführt. Die **Pharmaindustrie** kam dabei so manches Mal ungeschoren davon. Jeder kann sich per Google einen Überblick darüber verschaffen, was Medikamente oder Impfdosen in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland kosten. Das Gutachten des Bundesgesundheitsministeriums zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Impfstoffen in Deutschland zeigte noch 2010, dass Deutschland das einzige Land ohne Preisbindung bei nichtpandemischen Impfstoffen ist. Dementsprechend teurer sind die Impfungen - bis zu 70 % höher als im Nachbarland, so zum Beispiel bei Impfungen gegen Gebärmutterhalskrebs. Deutschland ist also eine Goldgrube. Die Pharmariesen lassen sich dabei einiges einfallen, damit diese Goldgrube nicht versiegt.

(Beifall PIRATEN)

Der Verdacht stand im Raum, dass sich Novartis die **Rabattverhandlungen** der Krankenkassen im Norden nicht bieten lassen wollte und darum den

absehbaren Lieferproblemen nicht rechtzeitig entgegen gewirkt hatte.

(Lachen FDP)

Es passt dem Produzenten nämlich gut in den Kram, dass Patienten in diesem Jahr in Schleswig-Holstein keinen Impfstoff bekamen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Lieber Kollege Meyer - bei allem Respekt! -, glauben Sie wirklich, dass - bei allen Vorbehalten gegen die pharmazeutische Industrie - ein pharmazeutisches Unternehmen eine ganze Produktcharge absichtlich boykottiert oder mit Absicht die eigene Produktion sabotiert, um sich Rabattverhandlungen zu entziehen?

- Ich habe ausdrücklich gesagt: Der Verdacht stand im Raum.

(Christopher Vogt [FDP]: Teilen Sie das? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Glauben Sie das?)

Die Kassen überlegen sich sicherlich im nächsten Jahr genau, ob und wie sie in die Rabattverhandlungen einsteigen werden. Diese Konsequenz ist nicht von der Hand zu weisen. Ansonsten tappen wir immer noch ziemlich im Dunkeln, warum es zu den Lieferengpässen kam.

Wie so häufig im Gesundheitswesen fehlt die **systematische Ergebnisbetrachtung**. Das ist ein Systemfehler vieler Gesundheitsreformen: Es ist einfach keine Zeit, genau hinzuschauen, ob eine Maßnahme wirklich den gewünschten Erfolg zeigt. Hektisch wird eine Sparmaßnahme nach der nächsten durchs System gejagt, ohne zu prüfen, ob die letzten Maßnahmen überhaupt angeschlagen hatten. Der vorliegende Antrag will vor diesem Hintergrund die genaue, systematische und unabhängige Evaluierung der Praxis zur Beschaffung der Impfstoffe beziehungsweise die Rabattverhandlungen bei saisonalen Impfstoffen anstoßen. Ich freue mich dabei sehr, dass wir hier im Landtag über diesen Antrag Konsens erzielen konnten.

Der SSW würde aber gerne noch weiter gehen und nicht nur die Lieferpraxis von unabhängiger Seite evaluieren lassen, sondern auch die Impfpraxis.

(Flemming Meyer)

Seit 1990 hat sich nach einer Untersuchung des Hessischen Rundfunks die Zahl der Grippeimpfungen in Deutschland verachtfacht, die Zahl der Krankenhaustage mit Grippe und Lungenentzündung ist aber ebenfalls gestiegen, und zwar um 40 %. Die Frage drängt sich doch auf, ob die Impfungen wirklich das gewünschte Ziel erreichen.

Tatsächlich wurde das noch nie systematisch untersucht; dabei wird fast jeder Vierte in Deutschland gegen Grippe geimpft. Immer mehr Menschen werden geimpft, ohne dass sich die Mortalitätsraten verbessern. Bislang gibt es noch keine relevanten Studien zur **Grippeschutzimpfung** in Deutschland, wie Dr. Gerd Antes, Direktor der Cochrane-Gesellschaft, beklagt. Die Cochrane-Gesellschaft ist in Deutschland für Wirksamkeitsstudien zuständig. Ohne Evaluierung droht aber genau das, was eigentlich alle vermeiden wollen: die Kostenexplosion. Das Ganze wird ohne Wirksamkeitsuntersuchung viel teurer.

So hat es zum Beispiel auch viel zu lange gedauert, die Praxisgebühr abzuschaffen. Das Gesundheitsministerium hat nämlich nicht evaluiert, ob die 10 € pro Quartal das Ziel der Reduzierung der Arztbesuche wirklich umsetzen. Inzwischen wissen wir, dass die Praxisgebühr dieses Ziel nicht nur nicht erreicht hat, sondern die Zahl sogar erhöht hat.

Jeder Arzt, der solche gravierenden Symptome außer Acht lässt, müsste um seine Approbation bangen. Im Gesundheitswesen wird lustig weiter optimiert. Der Patient wird es schon zahlen. Das ist der falsche Weg und ruft nicht zuletzt Korruptionsexperten auf den Plan, die ohne wirksame Kontrolle um die Kostengerechtigkeit im deutschen Gesundheitssystem fürchten.

Letzte Woche ging es im Ausschuss genau darum: um Versorgungslücken bei saisonalen Impfdosen im Zuge der Rabattverhandlungen. Denn in den Bundesländern ohne Rabattdruck klappten die rechtzeitigen Lieferungen. Anders in Schleswig-Holstein. Darum haben wir versucht, die Entscheidungen der letzten Wochen zu rekonstruieren, leider ohne Beteiligung von Novartis. Trotzdem war die Sitzung ein wichtiger Schritt zur Aufklärung. Aber der enthebt die gesundheitspolitischen Akteure nicht der Pflicht einer tiefer gehenden Überprüfung und Evaluierung. Diese muss sorgfältig und abseits aufgeregter Medienhysterie durchgeführt werden. Denn eines ist sicher: Die nächste Grippe-welle kommt bestimmt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung,

(Zuruf: Und Grippe!)

Frau Kristin Alheit, das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Und Grippe. Genau. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der EHEC-Ausbruch im Sommer - -

(Es ertönt ein akustisches Signal - Heiterkeit  
- Dr. Heiner Garg [FDP]: Das muss an Ihnen liegen!)

- Das muss an mir liegen. Wenn ich spreche, ist Alarm im Haus. Dabei war ich doch bisher ganz friedlich. - Jetzt ist alles wieder in Ordnung. Prima!

Der **EHEC-Ausbruch** im Sommer 2011 hat Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger bis an die Belastungsgrenze gefordert. Es ist eben schon einmal festgestellt worden, und ich glaube, wir sind uns alle einig: Diese Menschen haben ihren Job gut gemacht und durch ihren Einsatz dazu beigetragen, dass die Krise überwunden werden konnte. Über die dabei aufgelaufenen Behandlungskosten haben die **Krankenkassen** und die **Krankenhäuser** länger intensiv verhandelt.

(Die Mikrofonübertragung fällt aus -  
Dr. Heiner Garg [FDP]: Lasst doch die Ministerin reden!)

- Danke. - Im Juni 2012 haben sich die Krankenkassen dann doch mit den Krankenhäusern auf eine pauschale Vergütung geeinigt. Diese beträgt für das UKSH 1,5 Millionen €. Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung ist die pauschale Vergütung von den Krankenhäusern akzeptiert. Ich halte es daher nicht für sehr geschickt, im Nachklapp das Land als Ausfallbürgen heranziehen zu wollen.

Der Antrag - auch das ist von meinen Vorrednern schon angeführt worden - passt aber auch sonst nicht zur Systematik der Erstattung von Behandlungskosten. Diese obliegt den Krankenkassen. Es gibt keine rechtliche Grundlage dafür, dass eine Landesregierung Behandlungskosten mit Steuermitteln ausgleicht, die nicht durch entsprechende Erlöse gedeckt sind. Der Antrag fordert daher etwas, was mit nationalem Recht nicht vereinbar ist, und bedeutet nach EU-Recht eine unerlaubte Subvention.

(Ministerin Kristin Alheit)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf Folgendes möchte ich an dieser Stelle hinweisen: Grundlegend problematisch für die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein ist etwas ganz anderes. Das macht uns leider nicht nur bei EHEC, sondern auch in vielen anderen Bereichen zu schaffen und führt zu einer nicht vorhandenen Kostendeckung. In Schleswig-Holstein haben wir grundsätzlich geringere Erlöse als andernorts zu verzeichnen. Alle Landesregierungen haben sich dafür eingesetzt, dass der bundeseinheitliche Basisfallwert für die Finanzierung im stationären Bereich greift, und werden dies auch weiterhin tun. Auch ich habe mich in dieser Tradition bereits für eine Verbesserung der **Krankenhausfinanzierung** starkgemacht und werde dies weiterhin tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ergebnis?)

Ich komme nun zum Thema der saisonalen **Impfstoffe**. Ich bedanke mich bei den mittlerweile diesen Antrag tragenden Fraktionen sehr dafür, dass sie mich in dem bestärken, was ich auch in der Vergangenheit öffentlich gesagt habe: Das Verfahren zur Beschaffung der Grippeimpfstoffe muss grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Saisonale Impfstoffe müssen dann zur Verfügung stehen, wenn sie aus medizinischer Sicht gebraucht werden, und nicht, wenn es aus wirtschaftlichem Kalkül opportun ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die KVSH hat in den letzten Wochen ein vernichtendes Urteil über AMNOG gefällt. Sie spricht von einem gescheiterten Praxistest bei den saisonalen Impfstoffen und fordert die Rückkehr zum bewährten System.

Ich finde, auch wenn es bei der Beurteilung der aktuellen Lage meines Erachtens nichts schönzureden gibt, muss man genau hinschauen. Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, darf sich nicht wiederholen. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Das ist keine Frage. Mein Eindruck ist: Novartis hat durch ein kaum zu beschreibendes Verhalten bewirkt, dass sich jedenfalls eines nicht wiederholen wird: die Rolle von Novartis als Alleinlieferant von Grippeimpfstoffen. Aber das genügt leider nicht.

(Beifall SPD)

Beispielsweise finde ich den Gedanken diskussionswürdig, dass die Erfahrungen von Ärztinnen und Ärzten, also von jenen, die die Impfstoffe verwenden, im Verfahren Berücksichtigung finden. Ich finde es diskussionswürdig, sich, statt einen Exklusivvertrag abzuschließen, an den Preisen in vergleichbaren europäischen Ländern zu orientieren. Die Möglichkeit zu einem solchen Referenzpreissystem ist für den Bereich der Impfstoffe durch das Gesetz seit dem 1. Januar 2011 gegeben.

Eines will ich aber auch sagen - das haben meine Vorredner zum Teil ebenfalls getan -: Ein einfaches Zurückdrehen des Rades kann es auch nicht sein. Dass **Arzneimittel** nirgendwo in Europa teurer sind als in Deutschland, ist kaum ein Zustand, den wir als bewährte Praxis beschreiben sollten. Möglichkeiten zur Kostendämpfung in diesem Bereich zu suchen, halte ich schon für erforderlich. Ob es so ist, wie es die KVSH sagt, dass bei Rabattverträgen für saisonale Impfstoffe grundsätzlich ein Ausfallrisiko besteht, ist dabei zu klären. Ich muss zugeben, nach den letzten Wochen spricht einiges dafür.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine erneute Ausschreibung ohne Evaluation, ohne dass die Menschen in unserem Land sicher sein können, dass ihnen die Impfstoffe dann zur Verfügung stehen, wenn sie sie brauchen, darf es nächstes Jahr auf keinen Fall geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Zunächst zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/287. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. - Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die gesamte Fraktion der PIRATEN und die FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag in der Drucksache 18/287 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der PIRATEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 18/295 (neu). Wer diesem

**(Präsident Klaus Schlie)**

Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen der PIRATEN und der CDU. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP.

Damit ist der Antrag in der Drucksache 18/295 (neu) mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Abgeordneten der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/269

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 18/239

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Ich hatte mich schon prophylaktisch hier hingestellt. - Wir haben den Gesetzentwurf am Mittwoch in unserer Sitzung beraten und empfehlen einstimmig die Annahme des Gesetzes.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/269 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

**Sicherstellung des Rechts auf Fotokopien und Digitalisieren wissenschaftlicher Werke**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/309

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag mit der Maßgabe abstimmen, dass die Berichterstattung gegenüber dem Bildungsausschuss erfolgen soll. Wer dem Antrag mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 A auf:

**Stellungnahme in den Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfungsbeschwerden zur Landtagswahl am 6. Mai 2012**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtssauschusses  
Drucksache 18/319

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsauschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier das Wort.

(Zurufe)

- Es wäre nett, wenn dann vielleicht der stellvertretende Vorsitzende oder die stellvertretende Vorsitzende auf die Vorlage verweisen könnte.

**Simone Lange [SPD]:**

Ich verweise auf die Vorlage.

(Heiterkeit)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin für diese Hilfestellung. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse jetzt über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtssauschusses Drucksache 18/319 abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Zurufe)

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Ihr nicht? - Entschuldigung! Dann noch einmal: Wer stimmt dem zu? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von CDU und FDP. - Wer ist dagegen? - Das sind der Abgeordnete Dr. Breyer und ein weiterer Abgeordneter der PIRATEN, also zwei Abgeordnete der PIRATEN. - Wer enthält sich? - Das sind zwei weitere Abgeordnete der PIRATEN. - Damit ist die Drucksache 18/319 beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags****Drucksache 18/317**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/317. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder

kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/317 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Somit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Ich weise darauf hin, dass der Beginn der nächsten, der 6. Tagung des Landtags am 12. Dezember 2012 um 10 Uhr sein wird.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein angenehmes Wochenende, gratuliere im Namen aller dem Herrn Landtagsdirektor zu seinem heutigen Geburtstag und wünsche ihm heute Abend eine schöne Feier.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:15 Uhr**